

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 17. November 1932
14. Jahrgang Nr. 270

Geschichtl. Jahrb. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Wochenl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 8 Pf. Anzeigenpreis: Die gehobene Wilmmerzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Sammlungsanzeigen 8 Pf. Kleinzettel: Die dreispaltige Wilmmerzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefrist in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 490 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Güterhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 490 02.

Der Haß der Bourgeoisie

Antifaschist zum Tode verurteilt

Heraus zum Massenprotest in ganz Deutschland!

Das Chemnitzer Schwurgericht fällt am 15. November ein ungeheures Schreckensurteil. Der Arbeiter Ferdinand Bartel wurde zum Tode verurteilt. Bartel war in der Nacht vom 4. zum 5. August 1932 im Café „Herold“ mit einem Begleiter. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Nazis, wobei der bis jetzt unbekannt gebliebene Begleiter Bartels erschossen und den Knebel tödlich verletzt haben soll. Bartel selbst hat nicht geschossen. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß bei den Zusammenstößen im Café „Herold“ Bartel zuerst von Faschisten angegriffen wurde, insbesondere von dem SA-Mann Mühlenfeld. Bartel erklärte vor Gericht, daß er, als er während der Auseinandersetzung einmal vom Austritt zurückgekommen sei, plötzlich von hinten einen Schlag ins Gesicht bekommen habe, worauf die anwesenden SA-Leute über ihn und seinen Begleiter hergefallen seien. Erst da habe er eine Pistole gezogen, um die SA-Leute zurückzuschrecken, er selbst hat nicht geschossen, was vor Gericht als erwiesen angesehen wurde. Die Anklage behauptet, daß der Begleiter Bartels den Nazi Knebel erschossen habe. Es ist aber keineswegs erwiesen, wer bei dem großen Durcheinander in Wirklichkeit geschossen hat. Jedenfalls steht fest, daß zahlreiche Nazis über die beiden Arbeiter hergefallen sind, die sich absolut in Notwehr befanden.

Das werktätige Deutschland muß wie ein Mann aufstehen und gegen dieses Todesurteil schärfsten Protest erheben. Es muß verhindern, daß das Todesurteil an einem Unschuldigen vollstreckt werde. Das Todesurteil zeigt den Haß der Bourgeoisie gegen die antifaschistische Arbeiterschaft, sie glaubt in ihrem Blutvergieß mit Todes- und Buchhausurteilen die wachsende revolutionäre Kraft des Proletariats zu hemmen. Wir sagen der Bourgeoisie: Auch nicht durch Blut und Kerker werdet ihr eure Herrschaft der Ausbeutung und

Unterdrückung aufrechterhalten können? Wir Antifaschisten, die Unterdrückten von heute, werden die Sieger von morgen sein!

Heute und morgen muß jede Betriebsbelegschaft auch in Schlesien und Oberschlesien gegen das Todesurteil Stellung nehmen und befristete Proteststreiks durchführen und in Protesttelegrammen an die Regierung im Reich und Sachsen den revolutionären Kampfswillen zum Ausdruck zu bringen. Die Gewerkschaften müssen gleichfalls protestieren.

Demonstration vor der Festung Groß-Strehlik

Groß-Strehlik, 16. November. Vor dem Festungsgebäude, das seit Beginn des Hungerstreiks ständig von Polizeipatrouillen bewacht und bei Dunkelheit von Scheinwerfern beleuchtet wird, sammelten sich in den Abendstunden Demonstranten, die durch Rufe: **Nieder mit der Klassenjustiz! Heraus zum politischen Gefangenen! Hinweg mit der Hungerregierung!** sich mit den kämpfenden Festungsgefangenen solidarisierten. Die Festungsgefangenen antworteten mit **Rot-Front-Rufen**.

Am fünften Tage des Hungerstreiks sind vier Festungsgefangene bereits so stark geschwächt, daß sie das Bett nicht mehr verlassen können. Auch bei den übrigen Gefangenen zeigen sich die Folgen des Hungerstreiks darin, daß sie auch während der Freiheit auf ihren Füßen stehen müssen. Max Barnikle und Julius Emmerich, beide aus Berlin-Lichtenberg, die während des Kampfes aus dem Weipalger Untersuchungsgefängnis in die Festung übergeführt wurden, haben sich sofort dem Hungerstreik angeschlossen. Dadurch hat sich die Zahl der am Hungerstreik angeschlossenen auf 41 Festungsgefangene erhöht. Der Hungerstreik wird mit zäher Ausdauer und ungebrochenem Kampfesmut weitergeführt.

Es geht um die Einheitsfront der Tat!

Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erklärte der Vertreter der SPD., Paul Löbe, in seiner Bearbeitungsansprache: „In der deutschen Arbeiterschaft des sozialdemokratischen und kommunistischen Lagers lebt eine tiefe Sehnsucht nach der Einheitsaktion. Wenn sie trotz unserer Bereitwilligkeit bisher nicht zustande kam, so müssen wir das der Tatsache zuschreiben, daß die andere Seite einem außerhalb des Landes gelegenen Einfluß unterliegt. Je mehr aber auch bei uns die demokratischen Volksrechte bedroht erscheinen, um so unwiderstehlicher wird der Wille zur Einheit auch im deutschen Proletariat werden.“

Es geht hier nicht etwa um eine Antwort an Herrn Löbe. Es geht um die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter. Sie sollen hören, sie müssen wissen, daß wir Kommunisten nicht das zynische Spiel mit der heiligen Sache der proletarischen Einheitsfront zulassen, das da der weiland Reichstagspräsident Löbe treibt.

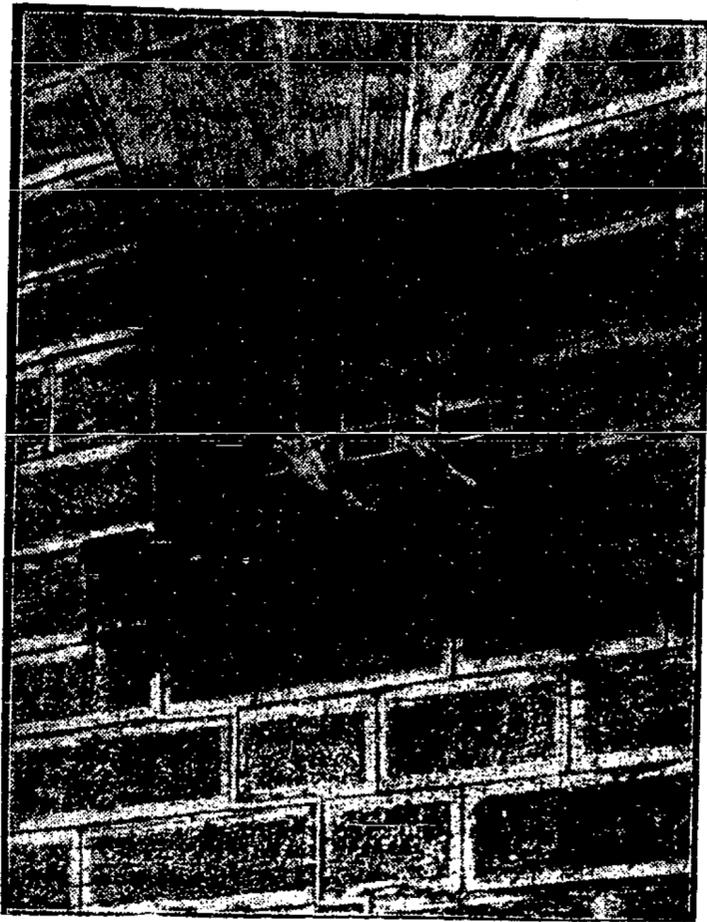
Erinnern wir uns recht, dann war es derselbe Löbe, der am 9. März, vor noch nicht dreiviertel Jahren, einen Offenen Brief an die Kommunisten richtete und uns aufforderte, gleich ihm, den Feldmarschall von Hindenburg zum Präsidenten zu wählen. Wir haben ihm niemals geantwortet: „Für Hindenburg stimmen, heißt die Verkörperung der tiefsten Reaktion abermals in den Sattel heben“ — und die sozialdemokratischen Klassen-genossen werden ja wohl jetzt, nachdem dieser Hindenburg Brüning davonjagte und Papen berief, Hitler empfing und die Lohnabbau-Notverordnungen unterzeichnete, auch der Meinung sein, daß nicht Löbe, sondern wir Kommunisten recht hatten.

Erinnern wir uns recht, dann war es derselbe Löbe im Verein mit der ganzen SPD.-Führerschaft, der im Juni/Juli jenes betrügerische „Einheitsfront“-Angebot machte, das auf der Bedingung beruhte, „die Kommunisten müßten jede Kritik gegen die SPD. einstellen“.

Der 20. Juli kam! Der Tag, an dem die Schande, die Feigheit und Schwärmerei der SPD.-Führer wie ein Geschwür aufbrach. Nicht selten auch die ehrlichen, in der SPD. noch verbliebenen Arbeiter ein, daß die Kommunisten tausendmal recht hatten, als sie ihre Kritik an den SPD.-Führern nicht einstellten, sondern noch verkündeten.

So wie eine alte Diene nicht an ihre Vergangenheit erinnert zu werden wünscht, so wollen die sozialdemokratischen Führer nicht an ihre Verbrechen in den letzten Jahren erinnert werden. Doch wir werden dafür sorgen, daß das Sündenregister der Löbe und Papen und Weipalser und Weipalser jedem Arbeiter so geläufig wird wie das ABC. Wer lassen wir einen Moment die Vergangenheit, sprechen wir von der Gegenwart.

Die Herren Braun-Seberling rühmten sich vor dem Staatsgerichtshof, der Bayern-Regierung das Material gegen



Werktätige! Vergeßt nicht eure in den Kerkern der kapitalistischen Republik schmachtenden Klassen-genossen!
Lebt praktische Solidarität!
Werdet Mitglieder der Roten Hilfe!

Streik der Breslauer Steinseher

Lohnraub von 7 Prozent — Organisierte und Unorganisierte in geschlossener Front

Breslau. Am 31. Oktober ist der bisherige Tarif im Steinsehergewerbe abgelaufen und die Unternehmer verlangten einen siebenprozentigen Lohnabzug. Der Schlichter soll auch diesen neuen Tarif für verbindlich erklärt haben. Die Meister verweigern hier rein individuell die Lohnreduzierung vorzunehmen. Der Obermeister Scholz bewilligte vier Gevierten den alten Lohn und die übrigen sollen für den gekürzten Tarif arbeiten.

Die Steinseher und Kammer sind daher in den Abwehrstreik getreten. Die Unorganisierten kämpfen mit den Organisierten in einer gemeinsamen Front.

Der Kampf der Arbeiter im Steinsehergewerbe muß vor allen Dingen sofort verbreitert werden. Die Aussichten des Kampfes sind außerordentlich günstig, da die

Straßen aufgerissen sind und der Frost einsetzen kann, so daß die Arbeiter zu einer halbigen Erledigung drängen. Die Arbeiter des Steinsehergewerbes, die Kammer, dürfen sich durch keine Versprechungen vom Kampf abhalten lassen, sondern müssen in geschlossener Front den Kampf für die Zahlung des alten Lohnes durchsetzen.

Sowjetfahnen auf öffentlichen Gebäuden

Kopenhagen, 17. November. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwoch fand in Dänemark die Wahl zum Folkething statt. Die Wahl fand stark im Zeichen der kommunistischen Propaganda. Auf einigen öffentlichen Gebäuden wurden in der vergangenen Nacht Sowjetfahnen gehißt. Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Zu den Ortsverwaltungswahlen:

Kampf um jeden Gewerkschaftler, jede Gewerkschaftsfunktion!

Von Erich Auer

„Zur Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften, durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaft, um jeden wählbaren Posten in der Gewerkschaft, für die Verjüngung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Ortsorganisationen der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften.“

(XII. EKKI-Plenum.)

Hunderttausende gewerkschaftlich organisierte Kollegen haben am 6. November der kommunistischen Partei ihre Stimme gegeben. Der RWG hat weder durch die sich nationalsozialistischen Medien von Weimar noch durch seinen Antrag für ein „freies sozialistisches Deutschland“ den Stimmenrückgang, die Abwanderung Hunderttausender Gewerkschaftsmitglieder von der Sozialdemokratischen Partei zum Kommunismus aufhalten können.

Entscheidend für die politische Haltung der Millionen im RWG und in den christlichen Gewerkschaften organisierten Gewerkschaftskollegen ist die Politik, die Taten der Gewerkschaftsführer.

Die Politik und Handlungen der Gewerkschaftsvorstände widersprechen den Interessen der Masse der Kollegenschaft und haben sie immer tiefer in die Verelendung hineingeführt.

Nicht zuletzt war es die Streikverräterische Handlung der RWG- und christlichen Gewerkschaftsführer im Hamburger und Berliner Verkehrsstreik, im Streik beim Scherl-Verlag, im Torquauer Streik, beim Streik der Reichsbahner Fernarbeiters und in vielen anderen Betrieben, die Hunderttausende Gewerkschaftskollegen bewegten hat, nicht mehr den Beschwerden der Gewerkschaftsführer zu folgen. In Massen haben sie sich abgewandt sowohl von der Sozialdemokratie als auch von der Kommunistischen Partei und haben der kommunistischen Partei ihre Stimme gegeben.

Die politische Entscheidung von Hunderttausenden Gewerkschaftskollegen bei den Wahlen und vor allem bei den stattgefundenen Streikaktionen und Ortsverwaltungsaktionen für den Kommunismus als einzigen Ausweg und Rettung aus der Krise, für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zur Vertretung der täglichen Interessen muß jetzt innerhalb der Gewerkschaftsverbände zur Stärkung der Opposition nutzbar gemacht werden.

Die Gewerkschaftler, die die kommunistische Partei gemißt haben, müssen aktive Kämpfer der Gewerkschaftsopposition werden.

Ein umfassender Vorstoß der Opposition gegen die reformistische Gewerkschaftspolitik, gegen die Hindenburg-Politik der RWG-Führer und den in den Streikverträgen so weit möglich und muß in stärkerer Weise durchzuführen werden bei den bevorstehenden Ortsverwaltungsaktionen. In 18 759 Ortsverwaltungsaktionen und Zweigvereinen der RWG-Gewerkschaften werden in diesen Wochen und Monaten die Leitungen durch Neuwahlen befreit. Es werden die Ortsverbände bzw. Bezirksverbände der Gewerkschaften gewählt. Es findet auch eine Neuwahl der Parteiverammlung-Delegierten und der Vertreter der einzelnen Gewerkschaften in die Ortsverbände des RWG statt. 1200 Ortsausstellungen des RWG werden auf diese Weise durch Neuwahlen zum Leben erweckt.

Es muß der Opposition bei diesen Ortsverwaltungsaktionen gelingen, ihren politisch-ideologischen Einfluß auf Massen von Gewerkschaftskollegen auch organisatorisch zum Durchbruch zu bringen.

Hunderttausende von Ortsverwaltungsaktionen und Funktionen müssen durch revolutionäre Gewerkschaftskollegen, durch Anhänger der revolutionären Opposition besetzt werden.

Es geht darum, ob die Gewerkschaftsorganisationen und die Gewerkschaftsaktionen weiterhin für eine bankrotte Partei, für die Sozialdemokratie und das Zentrum mißbraucht werden können. Bei diesen Neuwahlen der Gewerkschaftsorganisationen muß vor jedem Gewerkschaftskollegen die Frage gestellt werden, ob der Streikverräterische Gewerkschaftsführer entgegengegriffen werden soll. Zweifellos werden die nächsten Streikaktionen erzwungen werden. Das Krisenministerium wird härteren Widerstand leisten, weil es mit Recht befürchtet, daß das eine weitere Steigerung des Streikflut mit sich bringt. Alle Machtmittel der Gewerkschaft werden zur Abdämmung der Streikflut eingesetzt werden. In der nächstbestmöglichen Weise werden die sozialdemokratischen Gewerkschaftsleiter die Streikaktionen der Arbeiter verlocken und veranlassen. Die kommunistische Verkehrsarbeiterzeitung haben die Gewerkschaftsleitungen des Gesamtverbandes vor der Verbindlichkeitsklärung des Widerstandsministers fortgesetzt und durch Streikbruch den Kampf beendet. Sie bezeichneten die Verbindlichkeitsklärung als einen „Machtwort von Berlin“. Ohne den geringsten Widerstand haben die Gewerkschaftsführer, die angeblich gegen die Papen-Regierung in Berlin stehen, den Befehl der Papen-Regierung durchgeführt und als getreue Soldaten des Faschismus den Hamburger Verkehrsstreik mit einem Überfallscharakter abgewürgt. In Berlin haben die Führer des Gesamtverbandes durch alle Mittel versucht, den Streik der Verkehrsarbeiter zu verhindern.

Nachdem die Verkehrsarbeiter ohne die Führer des Gesamtverbandes und gegen ihren Willen geschlossen und einzig in den Streik traten, ohne Unterschied der Partei und der Gewerkschaftsorganisation, hatten die Führer des Gesamtverbandes nur eine Sorge: Gemeinsam mit der Polizei und der RWG-Direktion den gewaltigen Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter, der eine Millionenstadt 5 Tage in Atem hielt, zum Scheitern und zur Niederlage zu bringen. Können die Gewerkschaftsmitglieder der Fortsetzung dieser Politik weiterhin zusehen? Stehen die RWG-Führer bedrungen an der Spitze proletarischer Massenorganisationen, damit sie in der schändlichsten Weise die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer eigenen Mitglieder mit Füßen treten? Das ist die Frage, über die bei den kommenden Ortsverwaltungsaktionen jeder Gewerkschaftskollege zu entscheiden hat.

Es muß abgerechnet werden

mit den frechtlichen Anklagenverurteilungen der Leipziger und Zarnow an die Papen-Regierung, an Strecker und Schleicher. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde unter ungeheuren Opfern von Millionen Kollegen in jahrelangem Kampf als Klassenkampforganisation geschaffen und aufgebaut. Leipziger und Co. betreiben ihre Politik zur Vernichtung der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft der „Volksgemeinschaft“ und bahnen ein Zusammengehen mit den Nazis an. Wir wissen, daß die Macht der Organisation eingesetzt wird im Interesse der Kollegenschaft und der gesamten Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind der Arbeiter: die Kapitalisten.

Nur die Gewerkschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre können das Vertrauen der Arbeiterklasse besitzen, die den rücksichtslossten Kampf gegen jeden Betrug, Lüge- und Unterstützungsbau führen;

Gewerkschaftsfunktionäre, die ihre Hand bieten zur Durchführung der Hindenburg-Politik der Leipziger und Zarnow, die Lohnabbau vereinbaren oder in den Betrieben die Durchführung der Arbeiterorganisationen fördern, müssen von ihren Funktionen entfernt und durch

oppositionelle Kollegen ersetzt werden. Innerhalb der Gewerkschaftsverbände fordern wir alle Kollegen auf, einzutreten für den gemeinsamen Kampf aller Kollegen, insbesondere den gemeinsamen Kampf mit den RWG-Kollegen.

Die proletarische Demokratie in den Verbänden ist durch dauernde Verschlechterung der Statuten auf ein Minimum herabgedrückt worden. Der Angestelltenapparat hat sich die Verfügungsgewalt über die Organisationsmittel in weitestgehendem Maße gesichert. Wir führen den Kampf für die

Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen, oppositionellen Kollegen

Die Unterstützungsleistungen der Verbände sind von Jahr zu Jahr verschlechtert worden, ohne die Mitgliedschaft zu betragen. Jahrzehntlang haben die Kollegen Beiträge gezahlt. Und nun werden ihnen in der größten Not von den Verbandsinstanzen ihre Rechte beschlagnahmt.

Die Opposition in den Gewerkschaften kämpft um jede wählbare Funktion. Um jeden Gewerkschaftsposten wird die Opposition einen Kampf führen. Nur ein oppositioneller Kollege bietet als Gewerkschaftsfunktionär die Gewähr, daß er seine Tätigkeit im Interesse der Kollegenschaft ausübt. Tausende ehrlicher proletarischer Gewerkschaftsfunktionäre sind um die Früchte ihrer opfervollen Arbeit durch die verräterische Politik der Gewerkschaftsführer betrogen worden. Sie müssen sich gemeinsam mit der Opposition gegen die reformistische Verräterpolitik der Leipziger und Co. wenden.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpft nicht neben und gegen die Gewerkschaftsorganisationen, sie kämpft in den Gewerkschaften gemeinsam mit allen Gewerkschaftskollegen gegen die verräterische Politik der Gewerkschaftsführer für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik in den Gewerkschaften. Jeder Gewerkschaftskollege, gleich welcher Partei, ohne Verpflichtung der RWG-Mitgliedschaft, muß sich einreihen in die Kampftruppe der Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften zur Bekämpfung der verderblichen Politik der Verbandsinstanzen.

Millionen oppositioneller Gewerkschaftskollegen im RWG, in den christlichen Gewerkschaften sind eine Macht, sind instand, Tausende von Gewerkschaftsfunktionen und Ortsverwaltungsaktionen durch oppositionelle Kollegen zu besetzen. Alle diese Funktionen und Positionen sind jedoch erst dann ein positiver Faktor für die Arbeiterklasse, wenn sie im Klassenkampf für die Interessen der Arbeiterklasse gegen die Politik der RWG-Führung eingesetzt werden. Die aktive und erfolgreiche Durchführung der Ortsverwaltungsaktionen, die Eroberung von tausenden Gewerkschaftspositionen ist jetzt die wichtigste Aufgabe der revolutionären Opposition innerhalb der Gewerkschaften, in Verbindung mit der Steigerung der Streikflut gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jeden Angriff der Bourgeoisie.



Zum 15. Jahrestag der Sowjetunion

trägt und verbreitet dieses Abzeichen / Preis: 10 Pfennig

Herausgegeben vom

BUND DER FREUNDE DER SOWJETUNION BERLIN NW 7, DOROTHEENSTRASSE 77/78

Das Papen-Kabinett stürzt

nicht zuletzt über seine katastrophale Außenpolitik. Durch den Wahlsieg der Kommunisten interessiert sich jeder für ihre Stellung zu den außenpolitischen Fragen. Eine marxistisch-leninistische Analyse aller maßgebenden Faktoren gibt Dr. Theo Neubauer in seinem neuen Buch:

Deutsche Außenpolitik heute und morgen. 128 Seiten. Preis 1 Mark.

Aus dem Inhalt: Europa von heute. Versailles und die nationale Frage. Völkerverbund und deutsche Ostfragen. Sozialdemokratische Außenpolitik und vieles mehr. Jeder ernsthaft politische Denker, jeder Funktionär muß das selbst besitzen. Bestellungen bei allen Buchhändlern und bei Karl Becker, Buch- und Zeitschriftenvertrieb, Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Strasse 50.

Blandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Achtung!
Genossen und Genossinnen!
Besucht nur die **Lichtspieltheater**
welche bei uns ihren Spielplan bekanntgeben
Halte Disziplin!

Bei Drucksachen-Bedarf rufen Sie bitte Nr. 48455 an / FORTSCHRITT AB
Druckereifiliale Breslau

Abonnentenwerber für den „Arbeiter-Sender“
die einzige proletarische Radio-Zeitschrift, bei hoher Provision und sofortiger Provisionsauszahlung gesucht.
Bewerber, die bereits für die proletarische Presse gearbeitet haben, wenden sich direkt an den

Verlag „Arbeiter-Sender“
Berlin SW 68, Friedrichstraße 236

Edmund Prause
Kohlenhandlung
Breslau, Trebnitzer Str. 29

Die letzte Vorführung

Persil-Tonfilms

Wäsche

Waschen

Wohlergehen

findet am **Freitag, dem 18. November**, um **2,30 Uhr** nachmittags, im **Capitol**, Breslau, Gartenstraße statt.

Diese Veranstaltung ist in erster Linie für Personen gedacht, die aus irgendeinem Grunde einer früheren Einladung nicht folgen konnten bzw. in den letzten Monaten verkehrentlich keine Einladung erhalten haben. — Einlaß kann **nur** gegen **gültige Einlaßkarten** gewährt werden. Einlaßkarten zu dieser Veranstaltung werden im Capitol am Donnerstag, dem 17. November in der Zeit von 11 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. **kostenlos** an Erwerbslose ausgegeben.

Auch an dieser Stelle sei noch allen Besuchern für das äußerst große Interesse, das sie unseren Filmveranstaltungen entgegenbrachte, herzlichst gedankt.

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 4002. Postkontos: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Güterhaus). Fernsprecher 459 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsabend: Breslau. — Verlag: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 4302.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wochenl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 8 Mk. Anzeigenpreis: Die gebungspaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Bereich- u. Besondereanzeigen 6 Pf. Kellampreis: Die gebungspaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Der Haß der Bourgeoisie

Antifaschist zum Tode verurteilt

Heraus zum Massenprotest in ganz Deutschland!

Das Chemnitzer Schwurgericht fällt am 15. November ein ungeheures Schreckensurteil. Der Arbeiter Ferdinand Bartel wurde zum Tode verurteilt. Bartel war in der Nacht vom 4. zum 5. August 1932 im Café „Gerold“ mit einem Begleiter. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Nazis, wobei der bis jetzt unbekannt gebliebene Begleiter Bartels erschossen und den Krebs tödlich verletzt haben soll. Bartel selbst hat nicht geschossen. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß bei den Zusammenstößen im Café „Gerold“ Bartel zuerst von Faschisten angegriffen wurde, insbesondere von dem SA-Mann Mühlensfeld. Bartel erklärte vor Gericht, daß er, als er während der Auseinandersetzung einmal vom Austritt zurückgekommen sei, plötzlich von hinten einen Schlag ins Gesicht bekommen habe, worauf die anwesenden SA-Leute über ihn und seinen Begleiter hergefallen seien. Erst da habe er eine Pistole gezogen, um die SA-Leute zurückzuschrecken, er selbst hat nicht geschossen, was vor Gericht als erwiesen angesehen wurde. Die Anklage behauptet, daß der Begleiter Bartels den Nazi Krebs erschossen habe. Es ist aber keineswegs erwiesen, wer bei dem großen Durcheinander in Wirklichkeit geschossen hat. Jedenfalls steht fest, daß zahlreiche Nazis über die beiden Arbeiter hergefallen sind, die sich absolut in Notwehr befanden.

Das werktätige Deutschland muß wie ein Mann aufstehen und gegen dieses Todesurteil schärfsten Protest erheben. Es muß verhindern, daß das Todesurteil an einem Unschuldigen vollstreckt werde. Das Todesurteil zeigt den Haß der Bourgeoisie gegen die antifaschistische Arbeiterchaft, sie glaubt in ihrem Blutrausch mit Todes- und Buchtaurteilen die wachsende revolutionäre Kraft des Proletariats zu hemmen. Wir sagen der Bourgeoisie: Auch nicht durch Blut und Kerker werdet ihr eure Herrschaft der Ausbeutung und

Unterdrückung aufrechterhalten können? Wir Antifaschisten, die Unterdrückten von heute, werden die Sieger von morgen sein!

Heute und morgen muß jede Betriebsbelegschaft auch in Schlesien und Oberschlesien gegen das Todesurteil Stellung nehmen und bestmögliche Proteststreiks durchführen und in Protesttelegrammen an die Regierung im Reich und Sachsen den revolutionären Kampfeswillen zum Ausdruck zu bringen. Die Erwerbslosen müssen gleichfalls protestieren.

Demonstration vor der Festung Groß-Strehlitz

Groß-Strehlitz, 16. November. Vor dem Festungsgebäude, das seit Beginn des Hungerstreiks ständig von Polizeipatrouillen bewacht und bei Dunkelheit von Scheinwerfern beleuchtet wird, sammelten sich in den Abendstunden Demonstranten, die durch Rufe: Nieber mit der Masseninjiz! Heraus mit den politischen Gefangenen! Hinweg mit der Hungerregierung! sich mit den kämpfenden Festungsgefangenen solidarisierten. Die Festungsgefangenen antworteten mit Rot-Front-Rufen.

Am fünften Tage des Hungerstreiks sind vier Festungsgefangene bereits so stark geschwächt, daß sie das Bett nicht mehr verlassen können. Auch bei den übrigen Gefangenen zeigen sich die Folgen des Hungerstreiks darin, daß sie auch während der Freizeit auf ihren Zellen fliehen müssen. Max Barankle und Julius Emmerich, beide aus Berlin-Lichtenberg, die während des Kampfes aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis in die Festung übergeführt wurden, haben sich sofort dem Hungerstreik angeschlossen. Dadurch hat sich die Zahl der am Hungerstreik Beteiligten auf 41 Festungsgefangene erhöht. Der Hungerstreik wird mit jähem Ausbruch und ungebrochenem Kampfesmut weitergeführt.

Es geht um die Einheitsfront der Tat!

Auf dem Parteitag der Österreichischen Sozialdemokratie erklärte der Vertreter der SPD, Paul Löbe, in seiner Begrüßungsansprache: „In der deutschen Arbeiterschaft des sozialdemokratischen und kommunistischen Lagers lebt eine tiefe Sehnsucht nach der Einheitsaktion. Wenn sie trotz unserer Bereitwilligkeit bisher nicht zustande kam, so müssen wir das der Tatsache zuschreiben, daß die andere Seite einem außerhalb des Landes gelegenen Einfluß unterliegt. Je mehr aber auch bei uns die demokratischen Volksrechte bedroht erscheinen, um so unwiderstehlicher wird der Wille zur Einheit auch im deutschen Proletariat werden.“

Es geht hier nicht etwa um eine Antwort an Herrn Löbe. Es geht um die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter. Sie sollen hören, sie müssen wissen, daß wir Kommunisten nicht das unheilvolle Spiel mit der heiligen Sache der proletarischen Einheitsfront zulassen, das da der weiland Reichstagspräsident Löbe treibt.

Erinnern wir uns recht, dann war es derselbe Löbe, der am 9. März, vor noch nicht dreiviertel Jahren, einen Offenen Brief an die Kommunisten richtete und uns aufforderte, gleich ihm, den Feldmarschall von Hindenburg zum Präsidenten zu wählen. Wir haben ihm niemals geantwortet: „Für Hindenburg stimmen, heißt die Verkörperung der tiefsten Reaktion abermals in den Sattel heben“ — und die sozialdemokratischen Massen werden ja wohl jetzt, nachdem dieser Hindenburg Berlin davonjagte und Papen berief, Hitler empfing und die Lohnabbau-Notverordnungen unterzeichnete, auch der Meinung sein, daß nicht Löbe, sondern wir Kommunisten recht hatten.

Erinnern wir uns recht, dann war es derselbe Löbe im Verein mit der ganzen SPD-Führerschaft, der im Juni/Juli jenes betrügerische „Einheitsfront“-Angebot machte, das auf der Bedingung beruhte, „die Kommunisten müßten jede Kritik gegen die SPD. einstellen“.

Der 20. Juli kam! Der Tag, an dem die Schwärze, die Feigheit und Verbärmlichkeit der SPD-Führer wie ein Gewölbe aufbrach. Nicht selten auch die ephelichen, in der SPD noch verbliebenen Arbeiter ein, daß die Kommunisten tausendmal recht hatten, als sie ihre Kritik an den SPD-Führern nicht einstellten, sondern noch verschärferten.

So wie eine alte Dirne nicht an ihre Vergangenheit erinnert zu werden wünscht, so wollen die sozialdemokratischen Führer nicht an ihre Untaten in den letzten Jahren erinnert werden. Doch wir werden dafür sorgen, daß das Sündenregister der Wels und Löbe und Papen und Leipart jedem Arbeiter so geläufig wird wie das ABC. Wer lassen wir einen Moment die Vergangenheit, sprechen wir von der Gegenwart.

Die Herren Braun-Sebering rühmten sich vor dem Staatsgerichtshof, der Bayern-Regierung das Material gegen



Werkstätige! Vergesst nicht eure in den Kerkern der kapitalistischen Republik schmachttenden Klassen-genossen!

Lebt praktische Solidarität!

Werdet Mitglieder der Roten Hilfe!

Streik der Breslauer Steinseher

Lohnraub von 7 Prozent — Organisierte und Unorganisierte in geschlossener Front

Breslau. Am 31. Oktober ist der bisherige Tarif im Steinsehergewerbe abgelassen und die Unternehmer verlangten einen siebenprozentigen Lohnabzug. Der Schlichter soll auch diesen neuen Tarif für verbindlich erklärt haben. Die Meister verweigern hier rein individuell die Lohnreduzierung vorzunehmen. Der Obermeister Scholz bewilligte vier Gefellen den alten Lohn und die übrigen sollen für den gekürzten Tarif arbeiten.

Die Steinseher und Kammer sind daher in den Abwehrstreik getreten. Die Unorganisierten kämpfen mit den Organisierten in einer gemeinsamen Front.

Der Kampf der Arbeiter im Steinsehergewerbe muß vor allen Dingen sofort verdreckt werden. Die Aussichten des Kampfes sind außerordentlich günstig, da die

Sträßen aufgerissen sind und der Frost einsetzen kann, so daß die Arbeiten zu einer baldigen Erledigung drängen. Die Arbeiter des Steinsehergewerbes, die Kammer, dürfen sich durch keine Versprechungen vom Kampf abhalten lassen, sondern müssen in geschlossener Front den Kampf für die Zahlung des alten Lohnes durchsetzen.

Sowjetfahnen auf öffentlichen Gebäuden

Kopenhagen, 17. November. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwoch fand in Dänemark die Wahl zum Folkething statt. Die Wahl fand stark im Zeichen der kommunistischen Propaganda. Auf einigen öffentlichen Gebäuden wurden in der vergangenen Nacht Sowjet-Fahnen gehißt. Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Die kommunistische Partei geliebt zu haben — das ist ihre „Einheitsfront“!

Der ADWA-Führer Tarnow erklärte, daß er dem Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung „eine Chance geben“ wolle — das ist seine „Einheitsfront“!

Die Berliner sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer zerbrachen gemeinsam mit der Jugenbergschen ADG, Dittler, gemeinsam mit der Papen-Polizei den großen Kampfbund der Verkehrsarbeiter — das ist ihre „Einheitsfront“!

Herr Löbe, der neugeborene Hauptredakteur des „Vorwärts“, schrieb vor genau zehn Tagen, als Berlin im Zeichen der gewaltigen Einheitsaktion, nämlich des Verkehrsarbeiterstreiks, stand: „Die Kommunisten haben einen mehrgliedrigen Terror auf die Verkehrsarbeiter aus, dem die Polizei sich bis jetzt noch nicht gewachsen zeigte“. Zwei Stunden später zeigte sich die Polizei „gewachsen“: auf dem Platz Berlins lagen die Toten und Verwundeten, unter ihnen unter unergieblicher Genosse Horn. Herr Löbe, der da in Wien Kroschitzkranen um die Einheitsfrontaktion vergeblich, hat diese, keine eben erst vollzogene wirkliche Einheitsaktion mit der Papen-Polizei anscheinend „vergessen“. Die deutschen Arbeiter sind weniger vergesslich...

Der Herr aus der Lindenstraße beschuldigt uns, daß wir „einem außerhalb des Landes gelegenen Einfluß unterliegen“. Gemeint ist Moskau, und es ist weniger komisch als bescheiden, daß der Löbe sich da mit den Nationalsozialisten auf dieselbe chauvinistische Basis begibt.

Ihr SPD-Führer seid mit dem Notverordner Brüning verbündet. Ihr SPD-Führer erregt jeden Kampf gegen das Papen-Regiment. Ihr SPD-Führer steht in einer nationalsozialistischen Einheitsfront mit der deutschen Bourgeoisie, angefangen von 1914 bis auf den heutigen Tag.

Wir Kommunisten aber sind proletarische Internationalisten. Wir sind die grimmigsten Feinde der Kapitalisten, in welchem Lande auch immer. Ihr SPD-Führer „unterliegt dem Einfluß“ eurer Bourgeoisie. Wir Kommunisten stehen in roter Aktionsgemeinschaft der Arbeiter aller Länder, die sich in der kommunistischen Internationale, mit dem Sitz in Moskau, das Weltinstrument ihrer Befreiung geschaffen haben.

Wir finden die Witte des Herrn Löbe über Moskau durchaus begrifflich, denn dort, wie in der ganzen Sowjetunion, ist die Arbeiterklasse so einig, wie nirgendwo in der ganzen Welt, einig unter den Fahnen der kommunistischen Partei, und das Sowjetproletariat baut darum den Sozialismus, weil es auf einem Eckstein der Welt keine Löbe und Wels, keine Sozialdemokratie mehr gibt.

Aber warum erfolgt gerade jetzt die famose Offerte des Herrn Löbe? Darauf gibt es eine sehr einfache Antwort. Die Verschärfung der Krise, die schnelle Zuspitzung der Klassenwiderbrüche beschleunigen den Niedergang der den Kapitalismus verteidigenden Sozialdemokratie. Entgegen erkennen Millionen SPD-Arbeiter, wohin sie von den Esoterikern und Löbe geführt worden sind. Seit 1930 hat die SPD nicht weniger als zwei Millionen Stimmen verloren. In den eigenen Reihen nimmt die Zerlegung regelrechten Rebellionscharakter an. Uns sind Berliner SPD-Aktionen bekannt, in denen jetzt nach der Wahl die proletarischen Mitglieder aufgetreten sind mit dem Bewußtsein, kommunistisch gewählt zu haben, weil die Kommunisten allein sozialistische Kämpfer seien. Das heiße Streben der sozialdemokratischen Arbeiter nach der Einheitsfront bedeutet: der Herr Löbe durch einige billige Redensarten aufzuklären.

„Während sich ihr Masseneinfluß verringert, greifen die sozialdemokratischen Führer zu immer neuen Betrugsmethoden. Unter Scheinbarem Eintreten für Endzielforderungen („Sozialismus“, „Umbau der Wirtschaft“, „Sozialistische Aktion“), unter Scheinbarem Kampf gegen die heutige Form der bürgerlichen Diktatur („Zweite Republik“, „Rückkehr zur Demokratie“ oder „Verteidigung der Demokratie“) treten sie in der Tat gegen die Kämpfe zur Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse und der Werktätigen auf, vertrauen das Proletariat auf Wahlen und andere parlamentarische Aktionen, um es vom Klassenkampf abzuhalten.“

So hat die Reichspartei-Konferenz der SPD Mitte Oktober in ihrer Entschliessung zur Tagung des Plenums des Exekutivkomitees unserer Internationale die betrügerischen Methoden der SPD-Führer charakterisiert. Ihre immer weiter fortschreitende Verschärfung, ihre unerschütterliche Verleumdung an das kapitalistische System, ob es in der Form der „demokratischen Republik“ oder des „sozialistischen Autoritätsstaates“ sich verkörpert, suchen die SPD-Führer durch „linke“ Manöver zu verschleiern.

Wer von der Einheitsfront spricht, aber in der Tat sich einen Treck um die Kämpfe der Arbeiter kümmert, ja sogar offensiv Stellung gegen diese Kämpfe nimmt, wer mit Jugenbergs und Papen-Polizei zusammen Streiks bricht,

wer nicht den Finger rührt, um die Erwerbslosenlöhne zu unterstützen,

wer von der Verteidigung „demokratischer Rechte“ redet, aber selber durch das Verbot des RFD, der Antifaschistischen Jugend, der „Roten Fronte“ und der kommunistischen Versammlungen, ja sogar der Arbeiter 1929, den Abbau dieser Rechte einleitet hat,

der treibt mit der Einheit Schindler!

Uns Kommunisten aber ist die Einheitsfront ernst. Keine Einheitsfront mit Löbe und Wels, die die proletarischen Kräfte binden und sie nicht im Kampfe gegen Papen entfalten lassen wollen! Sondern Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern im Kampfe um das tägliche Stückchen Brot! Daß wir zu dieser Einheitsfront nicht nur fähig sind, daß wir sie auch mit Erfolg zum Siege führen, haben die Ereignisse der letzten Monate gezeigt: die Flut der Streiks unter RFD-Führung, die zahlreichen erfolgreichen Mieterkämpfe, alles Aktionen, in denen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter Hand in Hand kämpften.

Wo waren denn da die SPD-Führer? Sie waren dagegen. Wir aber waren dafür. Denn wir wollen keine Einheit des Geschwäzes, sondern die kämpfende Proletariereinheit im täglichen Eintreten für die kleinsten und kleinsten Lebensforderungen, bis zum Kampfe um den Sozialismus.

Wir haben in den letzten Monaten gewaltige Erfolge errungen. Wir haben Zug um Zug der SPD-Führung viele hunderttausende Arbeiter entzogen, derselben SPD, die uns vor einem halben Jahr noch versprach, daß wir „auf dem Aussterbeort“ ständen. Aber dieses unter Wuchstum, die Niederlage, die wir gleichzeitig Wels und Hiler beibrachten, macht uns nicht überheblich. Als proletarische Kameraden treten wir, jede in jedem SPD-Arbeiter ringend, an unsere Klassengenossen von der Sozialdemokratie heran und stellen sie, um mit Genossen Thälmann zu sprechen, „nicht einmal Bedingungen, mit Ausnahme der einen: der klaren, aufopfernden Bereitschaft und den Willen, unter

Aufhäuser kündigt in der Mitgliederversammlung der Breslauer SPD. an:

„Erste Arbeit der SPD. im Parlament“!

Breslau, 17. November. Am Dienstagabend fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei Breslaus statt. Von den angeblich in Breslau vorhandenen 8000 Mitgliedern waren nur 500 im großen Saal des „Schloßhofs“ versammelt. Es herrschte eine niedergedrückte Stimmung. Ausfallend zahlreich waren die Angestellten vertreten, um den Vorredenden des RFD-Bundes Aufhäuser zu hören. Die Mitgliederversammlung nahm erst kurz nach 20.30 Uhr ihren Anfang.

Neue Arbeiter und Angestellte, die erwartet hatten, von Aufhäuser etwas über konkrete Kampfmaßnahmen zu hören, wurden bitter enttäuscht.

Aufhäuser sprach anderthalb Stunden. Die SPD-Arbeiter mußten aus der Rede Aufhäusers entnehmen, daß die sozialdemokratischen Führer wie bisher ihre Rolle als „Kerle am Kapitalismus“ beibehalten werden. Ueber die Taktik im neuen Reichstag erklärte Aufhäuser:

„Wir werden in dem neuen Reichstag nicht in den ersten fünf Minuten einem Mißtrauensantrag der SPD zustimmen, sondern durch erste Arbeit im Parlament Papen zum Rückzug zwingen.“

Aufhäuser kündigt also „erste Arbeit im Parlament“ an. Vierzehn Jahre lang hat die Sozialdemokratie „erste Arbeit im Parlament“ geleistet. Am Ende stand die Beseitigung aller Rechte und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse durch Brüning und Papen. Dafür ist die SPD. voll verantwortlich. Selbst Otto Braun mußte das in seinem Brief vom 20. Juli zugeben, in dem er davon spricht, daß er „über zehn Jahre lang die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammenhänge der Reichsregierung unterstützt“ habe.

Um der Stimmung, die unter den SPD-Arbeitern herrscht, etwas Rechnung zu tragen, sprach Aufhäuser auch einiges über außerparlamentarischen Kampf. Er erklärte: „Wir werden den Bajonetten des Herrn Papen eine Volksbewegung (!) gegenüberstellen, die länger anhält als ein Generalstreik (!)“. Mit dieser „Volksbewegung“ meint Aufhäuser die halbgelächelten Versammlungen der Eisernen Front. Das Gerede von der „Volksbewegung gegen die Bajonette Papens“ ist ein neuer Versuch, um die sozialdemokratischen Arbeiter vor der Anwendung der einzigen erfolgreichen Waffe gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse, gegen die faschistische Diktatur, vor dem Streik und seiner Vorbereitung abzuhalten.

Jeder marxistisch geschulte sozialdemokratische Arbeiter weiß, daß mit einer „Volksbewegung“, bei der kein einziger Betrieb stillgelegt, wie es Aufhäuser will, für die Arbeiterklasse nichts erreicht werden kann.

Auf den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten glaubte Aufhäuser mit einer großzügigen Heße gegen die letzteren antworten zu müssen. Er beglückte die Kommunisten der „Spaltung der Arbeiterklasse“ und erklärte: „Der Kommunismus ist eine Zukunftsangelegenheit, wir aber stehen in einer Epoche, wo der Kapitalismus am schwächsten ist, deshalb ist unsere Gegenwartsaufgabe, für die Bedarfswirtschaft einzutreten. 1918 war die Gelegenheit genau zu günstig, aber damals war leider die Arbeiterklasse gespalten.“ Mit Recht schüttelten die sozialdemokratischen Arbeiter in der Mitgliederversammlung ob dieser Weisheit den Kopf. Während die Arbeiterklasse in Sowjetrußland

den Sozialismus verwirklicht, reden die SPD-Führer von „Bedarfswirtschaft“. Sie stellen Anträge zum „Umbau der Wirtschaft“. Alles, um die SPD-Arbeiter vom täglichen Widerstand gegen die Angriffe der Papen-Regierung abzuhalten.

Die Gegenwartsaufgabe ist, daß sich die Arbeiter zum gemeinsamen Kampfe gegen die soziale Verelendung, zur Niederwerfung der faschistischen Diktatur zusammenfinden.

Die Ausführungen Aufhäusers zum 20. Juli waren lässlich. Nach dem Referat Aufhäusers brachte Hübner, Bezirk 14, einen Geschäftsordnungsantrag gegen das Stattfinden einer Diskussion ein. Derselbe wurde abgelehnt. In der Diskussion sprach kein einziger Arbeiter. Lediglich die Parteisekretäre kamen zum Wort. Parteisekretär Lehmann betonte, die Partei dürfe sich nirgends das Heft aus der Hand wenden lassen, dann sei es auch nicht möglich, daß, wie beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik, die Nazis wieder in die Betriebe kommen, während den SPD-Leuten geflüchtet würde. Natürlich verschwieg Lehmann die Streikbrecherrolle der Gewerkschaftsbürokratie und SPD-Führer. Ruffert vom Ortsanführer des RFD meinte, wenn die SPD-Berliner Papen einen Besuch abstatten, müßten sie auch einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen. Pietsch vom Freiendörferverband sprach etwas radikal gegen die Konfordatspolitik der Badener SPD-Landtagsfraktion und meinte, daß das wieder 100 000 Stimmen weniger für die SPD bedeute. Redakteur Zimmer trat dem entgegen und behauptete, daß die SPD. schon im nächsten Wahlkampf in Breslau alle Verluste wettmachen (!) würde. So löste in der Diskussion ein Bönze den anderen ab.

Der Verlauf der Mitgliederversammlung der Breslauer Sozialdemokratie ist ein Ausdruck für den Niedergang der SPD. Die großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter blieben infolge ihrer Anwesenheit herrschte eine niedergedrückte Stimmung. anwesenden herrschte eine niedergedrückte Stimmung. Wir sagen den Breslauer sozialdemokratischen Arbeitern, ihr könnt nicht länger den Mitgliederversammlungen der SPD. fernbleiben, sondern müßt dort offen auftreten und der Katastrophepolitik der SPD-Führer euren Willen zum gemeinsamen Kampfe zur Einheitsaktion mit den kommunistischen und allen anderen Arbeitern entgegensetzen.

Papen spricht jetzt sehr viel von der „nationalen Konzentration“, um die Arbeiterklasse noch mehr zu entrechteten, um neue faschistische Maßnahmen durchzuführen. Die SPD. will, wie Aufhäuser sagte, „erste Arbeit im Parlament“ leisten. Das bedeutet praktische Hilfe für Papen. Die SPD-Arbeiter müssen mithelfen, um der „nationalen Konzentration“ die Konzentration der Arbeiterklasse in der roten Einheitsfront entgegenzustellen.

Die kommunistischen Arbeiter müssen den Kampf um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter noch härter führen, sie müssen nach dem handeln, was Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz der SPD. erklärte: „Zu unserer täglichen Arbeit in unserer nicht erlahmenden Kampfe gegen die SPD., müssen wir uns immer vor Augen halten, daß zwischen der SPD-Führung und den einfachen Mitgliedern, den Proleten dieser Partei, ein großer Unterschied besteht. Wir dürfen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um diesen unseren Klassengenossen unsere eng revolutionäre Verbundenheit und unseren faschistischen Willen zu zeigen, in gemeinsamer Front mit ihnen gegen Hunger und Lohraub, gegen den Verrat der Bürokratie zu kämpfen.“

RGD.- und RFD.-Verbot droht!

Dresden, 16. November. Reichsanzler von Papen hielt sich am Montag in Dresden auf, um auch hier dem sächsischen Volke seine Versprechungen über die „Wirtschaftsankurbelung“ zu machen. Er hatte seinen Empfangstag nicht allzu glücklich geendet, denn in ganz Sachsen herrscht heute unter den werktätigen Massen größter Jubel über den Wahlsieg der Kommunisten als Ausbruch für den Kampfegeist der sächsischen Arbeitermassen gegen das Papen-Programm, den Lohn- und Unterhaltungsabbau. Reichsanzler von Papen hielt eine Rede vor den sozialdemokratischen, bürgerlichen und faschistischen Pressevertretern und verriet es peinlich, auch mit einem Wort auf die sächsischen Wahlen einzugehen.

Von größter Bedeutung für die werktätigen Massen ganz Deutschlands aber ist die Tatsache, daß in dem Gespräch mit den sächsischen Pressevertretern

offen das Verbot der RGD., des Roten Textilarbeiterverbandes und der kommunistischen Partei besprochen und angekündigt wurde.

Direktor Rauschagen, der Vertreter der Chemnitzer „Allgemeinen Zeitung“, ein Blatt der sächsischen Industriellen, wandte sich mit folgenden Worten an den Reichsanzler:

„Die Kommunisten, der Rote Textilarbeiter-Verband und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition haben zahlreiche wilde Streiks herbeigeführt und die Werke tage- und wochenlang lahmgelegt. (Sie haben den Lohnabbau verhindert. — Die Red.) Da keine Firma diesen Zustand ertragen kann, ist es dringend notwendig, geeignete Grundlagen dafür zu schaffen, daß solche Streiks niedergedrückt werden können. Wir wünschen nach Möglichkeit das Verbot des Roten Textilarbeiter-Verbandes und der RGD. sowie die Vereinfachung von Polizei für die Niederschlagung revolutionärer Aktionen.“

Auf diese provokierenden Ausführungen des Agenten und schwerbezahlten Goldschreibers der sächsischen Industriellen antwortete der Reichsanzler von Papen folgendermaßen:

„Es ist klar, daß sich keine Regierung gefallen lassen kann,

daß lediglich durch politische Organisationen jeglicher Art ein einseitiger Ausschlag in der Wirtschaft unterdrückt wird und daß dagegen Maßnahmen getroffen werden müssen.“

Das ist deutlich gesprochen, Herr Reichsanzler! Die Arbeitermassen wissen nunmehr, welchen Zweck die Papen-Regierung mit den „angedrohten Maßnahmen“ gegen die RGD. und die kommunistische Partei verfolgt. Es geht nicht um die Erhaltung der „Keime der Wirtschaftsankurbelung“, sondern um die Durchführung der Wünsche der Industrieherrn, um die Durchführung des weiteren Lohnabbaus bei den Arbeitermassen. Man will den Massen den Führer im Kampf nehmen. Durch ein Verbot der RGD. und der kommunistischen Partei hoffen die Unternehmer und die Regierung Papen ihren Lohnabbau, den geplanten Unterhaltungsabbau, den weiteren Abbau der Sozialpolitik durchführen zu können.

Wie eine Berliner Morgenzeitung und auch der „Dortmunder Generalanzeiger“ mitteilt, ist das Reichsgericht gegenwärtig damit beschäftigt, eine juristische Begründung für das Verbot der kommunistischen Partei zu schaffen. Es soll die „Staatsgefährlichkeit“ der RFD. nachgewiesen werden.

Die Arbeitermassen wissen nunmehr, was gespielt wird. Augen auf! Erst recht heran an die Organisierung der Betriebs- und Erwerbslosenkämpfe. Die Arbeitermassen haben in den vergangenen Streikämpfen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition ihre Kraft erkannt und werden durch weitere Steigerung der Einheitsaktionen von dieser Kraft immer mehr und von neuem Gebrauch machen.

Daß den Schwerindustriellen und den kapitalistischen Goldschreibern angehängt von 6 Millionen kommunistischer Stimmen schummrig vor den Augen wird, können wir verstehen.

Aber 6 Millionen kommunistischer Wähler sind nicht zu verachten. Die kommunistische Partei und die RGD. wird, gestützt auf die Massen der Arbeiter, noch härter als bisher den Einheitskampf aller Ausgebeuteten führen, um auf solche Weise die Arbeitermassen gegen die Papen-Pläne und die angedrohten Verbote zu mobilisieren.

Einzig aller proletarischen Mittel den Kampf gegen Faschismus und Lohraub zu führen.“

Mag Herr Otto Braun abwechselnd Hindenburg schreiben und beschreiben — wir, die wir uns unsere Waffe gegen den Kapitalismus nicht schartig machen lassen durch ein Bündnis mit den SPD-Führern, werden in brüderlicher Gemeinsamkeit mit den sozialdemokratischen Arbeitern in unverbrüchlicher Aktionsfront mit ihnen, dem Siege entgegenstreiten!

Zu Papen nicht, aber zu Hindenburg

wollen die SPD-Führer gehen

Nachdem Breitfeld und Wels gefahren noch mitteilen ließen, daß sie der Einladung Papens zu den angekündigten politischen Besprechungen folgen würden, hat der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzend gefestigt beschlossen, daß die beiden nicht zu Papen gehen sollen. Diese Abweisung hat einmal ihre Ursache in dem Druck der mächtig rebellierenden sozialdemokratischen Arbeiter. Zum anderen liefert sich der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzend hier eine oppositionelle Geste, die wirklich nichts anderes als eine Geste ist: denn

ausdrücklich heißt es in der Motivierung des Fraktionsbeschlusses: „daß die Führung von Verhandlungen zur Neubildung der Regierung Sache des Reichspräsidenten, nicht des Reichsanzlers ist.“

Zu Papen wollen die SPD-Führer nicht direkt gehen, zu Hindenburg ja. Preisfrage: Was und wo ist der Unterschied zwischen Hindenburg und Papen?

Nicole im Hungerstreik

Genf, 17. November. (Fig. Drahtber.) Der Schweizer sozialdemokratische Abgeordnete Nicole, der nach dem Genfer Blutbad verhaftet wurde, ist im Gefängnis als Protest gegen seine Einlieferung in den Hungerstreik getreten. Im Schweizer Parlament erhoben die Kommunisten schärfsten Protest gegen das Blutbad von Genf. Die bürgerlichen Parteien verhielten sich Fortführung der Sitzung, worauf es zu stürmischen Protestumgebungen seitens der Kommunisten kam, die unter dem Gelang der „Internationale“ den Sitzungssaal verließen.

Weitere Verschärfung des Kampfes der Groß-Strehliker Festungsgefangenen

Ab Sonnabend im Hungerstreik — Schlesiische und oberschlesiische Klassengenossen! Bekundet durch Steigerung der Protestwelle eure Solidarität!

Groß-Strehlitz, 16. November. Wie mitgeteilt, hatten die proletarischen, politischen Gefangenen der Festung Groß-Strehlitz nach zweekmäßigem Hungerstreik erklärt, daß sie Milch und Zucker, die zu den Getränken geliefert wurden, ebenfalls nicht mehr zu sich nehmen, um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen. Darauf hat der antikernde Arzt, der frühere Irrenarzt und jetzige Medizinalrat Dr. Wiener angeordnet, daß Getränke nur mit Milch und Zucker geliefert werden. Tatsächlich wurden die Getränke nach 60stündigem Hungerstreik nach der Anordnung des Arztes geliefert. Die Festungsgefangenen haben darauf die Annahme dieser Getränke verweigert.

Einem Festungsgefangenen, der gestern aus der Untersuchungsanstalt eingeliefert wurde — und sich solidarisch dem Hungerstreik anschloß — wurde vom Arzt ein Reinigungsbad verweigert, obwohl er den Arzt ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß er im Untersuchungsgefängnis seit mehreren Wochen kein Bad erhalten hat. Höhnlich erklärte der Arzt, daß Bäder erst nach Beendigung des Hungerstreiks gegeben werden.

Einem anderen Gefangenen, ist ein künstliches Auge kaputt gegangen. Auch diesem Gefangenen wurde vom Arzt erklärt, daß eine Erneuerung des Auges erst dann in Frage kommt, wenn er den Hungerstreik abbricht. Dies geschah, obwohl der Arzt ausdrücklich feststellte, daß sich schädliche Folgen einstellen müssen, wenn ein künstliches Auge längere Zeit nicht getragen wird.

Die 40 proletarischen, politischen Festungsgefangenen, die sich jetzt den vierten Tag im Hungerstreik befinden, stehen trotz dieser Provokationen weiter geschlossen und mit bester Stimmung im Kampf. Dieser heroische Kampf unserer proletarischen, politischen Gefangenen muß durch eine breite Protest- und Solidaritätskampagne unterstützt werden. Erhebt in allen Betrieben, Stempelstellen und proletarischen Massenorganisationen Protest gegen die neue Zuchthausordnung in den Festungen und kämpft mit der Roten Hilfe für deren Befreiung. Wie eure eingeleiteten Klassenbrüder ihren Kampf steigern, so müßt auch ihr schlesiische und oberschlesiische Arbeiter euren Kampf steigern. Bekundet eure Solidarität!

Formelle Demission Papens

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtbericht.) Gestern hat der Reichskanzler Papen Verhandlungen mit dem Zentrumsführer Paas und Joos, sowie mit dem Führer der Bayerischen Volkspartei, dem Staatsrat Schäffer geführt. Das Zentrum soll sich für ein Kabinett der „nationalen Konzentration“ ausgesprochen haben, doch sollen die Zentrumsführer erklärt haben, daß ein solches Kabinett nicht unter der Kanzlerschaft Papens hergestellt werden könne. Der Reichskanzler Papen hat die Staatsbesuche in Stuttgart und Mannheim abgesagt. Wie die bürgerliche Presse meldet, soll Papen die Absicht haben, heute dem Reichspräsidenten formell seine Demission anzubieten, auch soll heute das Reichskabinett darüber beraten, ob es seine Gesamtdemission einreichen will.

Die „Vossische Zeitung“ erklärt, daß es noch keineswegs feststehe, daß Hindenburg ein Rücktrittsgesuch Papens oder seines Kabinetts annehmen werde. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt wörtlich: „Man hält den Rücktritt Papens für ebenso notwendig, wie eine Verschärfung des Konfliktes mit gewagten verfassungsrechtlichen Abenteuern.“ Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: „Wahrscheinlich wird der Reichspräsident den Vorschlag nochmaliger Verhandlungen über die „nationale Konzentration“ annehmen. Entscheidend ist die Tatsache, daß der Reichspräsident nicht bereit sein wird, das von ihm verordnete Wirtschaftsprogramm preiszugeben und daß er eine Weiterführung dieses Programms als notwendig erklären wird. Ob der Reichspräsident nicht bei einem Scheitern aller Versuche dem jetzigen Kabinett ohne jede Veränderung die Möglichkeit zur Klärung der innerpolitischen Lage auf anderem Wege gibt, ist eine Frage, die der Reichspräsident allein zu entscheiden hat.“

Daraus geht hervor, daß der Papen-Kurs verschärft fortgeführt werden soll. Man sucht nur die geeignetste Form der Zusammenfassung der kapitalistischen Parteien. Für das Wirtschaftsprogramm, dessen Kern der fortschreitende Lohn- und Unterstützungsabbau ist, sind sowohl die Nazi-Führer, wie die SPD-Führer, die bekanntlich, wie Tarnow sagt, dem Wirtschaftsprogramm eine Chance geben sollen.

Mildes Urteil für Hitlerbanditen

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Sondergericht in Nürnberg fand gestern die Verhandlung gegen die vier Chauffeure Hitlers statt, die vor der Juli-Reichstagswahl durch die mittelfränkische Ortschaft Fort fuhren, ohne jeden Anlaß gegen Passanten des Ortes in der brutalsten Weise vorgingen und mit Hundepetischen auf die Ortseinwohner einhieben. Auch ein Revolverbeschuß wurde von ihnen abgegeben. Das Sondergericht beurteilte drei Hitlerbanditen zu je vier Monaten Gefängnis, einer erhielt zehn Monate Gefängnis. Man braucht sich, um Gegenurteile zu bemerken, nur daran zu erinnern, daß der Berliner antifaschistische Jungarbeiter Schmidte, der bei einem Zusammenstoß einen Schuß abgegeben haben soll, wobei aber niemand verletzt wurde, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Gnadenfrei!

Ein heller freundlicher Sommertag liegt über dem kleinen Städtchen Gnadenfrei. Hier ist einer der festesten Stützpunkte der „Brüdergemeinde“. In einem besonderen Stadtteil wohnt diese Sorte Christen, die laut dröhnend ihre „Brüderlichkeit“ in die Weltposaunt, aber nicht danach handelt. Und dieses sonst so friedliche Städtchen soll heut einen Tag erleben, der in der Geschichte der Arbeiterbewegung im Culengebirge ein Denkstein sein und bleiben wird.

Der 10. Juli 1932 ist zu einem Tage geworden, an den die gesamte Arbeiterschaft mit Wut und Empörung denkt. An diesem Tage lernten Tausende hassen, eine Bewegung hassen, deren freche Agitatoren in ihren Versammlungen und Zeitungen in der gemeinsten Art und Weise zum Mord aufstiegen.

Der Blutsonntag im Culengebirge

hat der revolutionären Arbeiterbewegung Opfer gekostet, Opfer, die nie vergessen werden. Die deutsche Arbeiterklasse hatte am diesem Tage einen neuen Posten auf der großen Rechnung zu verbuchen.

1 toter Mitkämpfer, 12 Schwerverletzte, unzählige Leichtverletzte mußten auf das Konto derjenigen gesetzt werden, die zynisch lächelnd Menschen morden. Die Menschen umbringen, die nichts weiter getan haben, als wie treu für ihre revolutionäre Überzeugung einzustehen. Menschen, die sich eine neue, bessere Welt aufbauen wollen.

Was ging am 10. Juli 1932 in Gnadenfrei vor? Die Nazis provozierten wieder einmal mit einem „Teutschen Tag“. Schon am frühen Morgen kamen aus allen Richtungen die braunen Mörderbataillone angetrieben. Die Gnadenfreier Arbeiterschaft war auf dem Posten. Am gleichen Tage sollte nachmittags eine gemeinsame Demonstration aller Arbeiter, ganz gleich welcher Richtung, durchgeführt werden. Aus allen Richtungen kamen die Arbeiter zu Fuß und zu Rad nach Gnadenfrei, um sich an diesem gewaltigen Aufmarsch zu beteiligen. Ein gewaltiger Demonstrationzug bildete sich, hier marschierten Reichsbannerkameraden, sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter, alle in einer Front. Hier galt es den Faschisten zu zeigen, daß die Arbeiterschaft im Culengebirge auf dem Boden ist. Ein unübersehbarer Zug demonstrierte durch die Straßen von Gnadenfrei. Diese Tatsache ließ die Nazis nicht ruhen. Als die Teilnehmer des

Jetzt fordert der Blutsonntag im Culengebirge neue Opfer

Der Staatsanwalt streckt seine Hand aus. Gegen 18 Reichsbanner-, SPD- und kommunistische Arbeiter ist Anklage erhoben worden. Nur 4 Nazis sitzen auf der Anklagebank. Die Angeklagten werden beschuldigt:

- An der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, die mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten beging, teilgenommen zu haben.
- Gemeinsam zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen zu sein.
- Vorsätzlich andere körperlich mißhandelt zu haben und zwar aus politischen Beweggründen, ferner mittels gefährlicher Werkzeuge.
- Strafanträge sollen gestellt werden auf: Verbrechen und Vergehen gegen § 125 Abs. 1 und 2, § 3 des Gesetzes gegen Waffenmißbrauch vom 28. 3. 31, §§ 123, Absatz 1 und 2, 223, 223a des Strafgesetzbuches, in Verbindung mit § 12 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen und §§ 47, 73, 74 des Strafgesetzbuches.

Die Angeklagten heißen: Karl Hoffmann, Alfred Demke, Adolf Klingberg, Alfred Steinberg, Paul Beier, Heinrich Hermann, Karl Rabs, Walter Rahr, alle aus Gnadenfrei, und August Schmidt, Max Rahn, Alfred Franke, Hermann Hübner, Alfred Hille, Erwin Granske, aus Langenbielau, Fritz Rolke, Peterwaldau, Alfred Scholz, Kunzendorf, und Wilhelm Fellmann aus Gnadenfrei.

Alle diese Arbeiter haben sich zum Teil gegen den Nazisterror zur Wehr gesetzt und ihr Leben verteidigt oder waren überhaupt nicht beteiligt. Dagegen sitzen die Nazis, die der Staatsanwalt schamhaft gemacht wurden, nicht auf der Anklagebank.

Der SA-Stroch Friedrich Hausmann aus Langenbielau, hat dreimal gegen unsere Genossen geschossen. Gen. Granske hat diese Tatsache bei der Vernehmung der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Hausmann sitzt nicht auf der Anklagebank. Desgleichen hat Genosse Rolke denjenigen Nazi namhaft gemacht, der die braunen Mörder auf ihn gehetzt hat, worauf er so schwer verletzt wurde, daß er Zeit seines Lebens krank bleibt. Auch dieser Nazi fehlt auf der Angeklagtenliste. Schon hieraus sieht man, gegen wen sich die ganze Aktion der Staatsanwaltschaft richtet.

Den Angeklagten drohen auf Grund der verschärften Bestimmungen schwere Zuchthausstrafen. Schon jetzt muß überal ein Proteststurm los gehen. Schon jetzt müssen sich alle Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen dagegen verwahren, daß ihre Klassengenossen willkürlich auf lange Jahre ins Zuchthaus geworfen werden, während die Nazibanditen, die den Mord verübten, frei umherlaufen, ja sogar als Zeugen gegen die Arbeiter auftreten. Die Rote Hilfe wird den Angeklagten einen Verteidiger stellen. Die Arbeiterschaft muß aber der Roten Hilfe helfen, die ungeheuren Mittel, die die täglichen politischen Prozesse verschlingen, aufzubringen. Jeder Arbeiter gibt auf die Sammelkassen der Roten Hilfe das, was er nur erübrigen kann. Rote Hilfe tut not!

Zuges nach der Auflösung auf dem Wege nach Hause waren, wurden vereinzelt gehenden Trupps von mehreren starken organisierten Kolonnen der Nazis überfallen. Von allen Seiten rückten am Plage vor dem „Norddeutschen Hof“ bewaffnete SA-Horden gegen die Arbeiter an. Es entspann sich ein wütender Kampf. Die Arbeiter, die vollkommen unbewaffnet waren, wehrten sich verzweifelt ihres Lebens. Die SA-Horden drangen mit Gummiknüppeln, Schlagringen, Stahlruten und Pistolen auf Frauen, Männer und Kinder ein. Eine wilde Schieberei ging los. Die Luft war erfüllt von dem Dröhnen und Stöhnen der Vermundeten. Die Arbeiter, die gegen die schleichenden Salunken wehrlos waren, mußten den Rückzug antreten. Die Vermundeten konnten nur unter Einsetzung des eigenen Lebens vom Plage gebracht werden.

Der Genosse Hentschel wurde von diesen Banditen in die Wohnung eines Nazis gebracht und dort erwürgt. Man täuschte einen Selbstmord (!) vor. Alle, die unseren Genossen Hentschel gefolgt haben, werden bezeugen, daß sich H. nicht durch Selbstmord der Verantwortung entzogen hätte. Dazu war unter Genosse zu Klassenbewußt!

Sonder-Angebote
Herren-Bekleidung!

Wester Paletots
reine wolle Cheviots, marengo und braun, ganz auf schwerer Kunstseide. Eigenes Fabrikat
48.- 38.- 24.-

Jacco Anzüge
1- und 2-reihig, sämtlich Rein-Kammgarn, feine Streifenmuster, schwarz und braun. Eigenes Fabrikat
49.- 37.- 29.-

Knickerbocken
aus modernen, strapazierfähigen Sportstoffen, in einer Riesenauswahl. Eigenes Fabrikat
6.- 5.- 3.-

Favorit der neue Haarhut 395
fabrikfrei, die neue kleidungsmo Form, in dem modernsten Herbst- u. Winterfarben

Petersdorf

Zahlungs erleichterung durch Kunden-Kredit G. m. b. H., Gortianstraße 57 (Haupt)

RUND UM DEN ERDBALL

In „Neu-Jerusalem“

Ein Besuch beim „Weiß-Käse“-Prophet, dem „Hausheiligen“ und Zureiber Hitlers

Wenn man nach Süden aus Berlin herausfährt, eineinhalb Stunden mit der Eisenbahn weit, findet man hinter Trebbin in der märkischen Heide, da wo sie am sandigsten ist, einen Ort, der keine Berühmtheit und keine Existenz einem gewissen **Weiß-Käse-Propheten** verdankt. Hier draußen in ländlicher Stille hat Josef Weissenberg im Laufe von fünf Jahren eine Kolonie von etwa 2000 Halb- und Ganzverrückten gesammelt, die schließlich friedlich zusammenleben.

„Friedensstadt“ hat der „Weißas“ den Ort genannt, „Neu-Jerusalem“ nennen ihn die Trebbiner Bürger und die Bauern der Umgebung. Auf den Glauer Hügeln, einer Hügelkette, die sich 50 bis 60 Meter aus der Sandebene heraushebt, sind etwa 40 weißkäsige Siedlungshäuser gebaut.

„Der hat Feld reiche Leute sind bei Weissenberg, Millionärswitwen, alte Generäle haben ihm ihr Vermögen vererbt,“ so munkeln und reden die Bauern im Gasthof von Plankensee.

In dieser Gesellschaft religiös wahnwitziger Bürger und Kleinbürger waren die Wahlausichten Adolf Hitlers von vornherein die besten. Als jedoch vor der 6.-November-Wahl der Meister Weissenberg selber sich unter die Hakenkreuzfahne Hitlers stellte und zu seiner Wahl aufforderte, da gab's kein Halten mehr. Es waren Zweifler da, die in den verstaubten Falten ihres ältlichen Herzens an Lubendorff glaubten. Von einer Madame erzählt man, die mit Häufiger Lieblinge, Reichgewordene Milchhändler wollten insgeheim für eine Milchhändler-Partei stimmen, und Hausbesitzer auf den Kaiser warten, sie stimmten alle für Adolf Hitler; denn sie beugten sich der Führung des Propheten Weissenberg.

Wir haben die Friedensstadt besucht. Von Trebbin rumpelt man mit einem alten Ford-Autobus durch einige Ortschaften. Enten und Kinder grüßen am Dorfsteig mit Gequäl und Geheul. Das letzte Stück Weges muß man marschieren. Der Sturm peitscht seinen Regen über die Felder. Langsam, aber sicher und vollständig weichen Mantel und Jacke durch. Doch am Ende des Dornenweges lag die Friedensstadt. Mit diesem Trost vor Augen ging es durch Regen und über die zu Dampfe aufgeweichten Felder.

Vor uns die Siedlung. Still. Die Menschen hatten sich in ihre Häuser zurückgezogen. In den Mauern kleben Hitler-Plakate; vom Regen aufgeweicht hängen sie herunter. Aber der trahlende Blick und der schöne Schnurrbart waren noch zu erkennen.

Ein langgestrecktes, zweistöckiges Haus ist das Regierungsgebäude der Weissenberg-Residenz. Davor ist auf einem kleinen Sandhügel eine Kanone aufgeföhren. Ein altes Monstrum; damit haben die Franzosen geschossen, als sie die Pruzen bei Jena schlugen. Auf dem Rohr der Kanone kleben Zettel, die den baldigen Anbruch des „Dritten Reichs“ ankündigen.

Eine Frau läuft vor uns über die nasse Straße; die Röcke geschürzt, im Eilschritt klappert sie dahin. Es ist unmöglich, sie in ein Gespräch zu verwickeln. Aber den Weg zur Festhalle zeigte sie uns.

Die Festhalle, das ist ein Holzbau, der an 10 000 Personen faßt; die ganze Kreisstadt Trebbin könnte sich in ihm versammeln. Weissenberg ließ diese Kirche bauen, um alljährlich seinen Geburtstag in gebührender Feierlichkeit begehen zu können.

In der Festhalle halbdunkel. Unter Glasstürzen liegen die Orden und Ehrenzeichen eines verstorbenen Generals, der Weissenberg zu seinem Erben gemacht hat. Die Reliquien der Bewegung werden dem Fremden bereitwillig gezeigt.

Der alte Mann, mit dem wir in der Halle umhergehen, läßt sich ausfragen: ob der General selbst in der Halle beigelegt ist?

„Nein.“
Weitere Frage: Ob denn Weissenberg selbst nach seinem Tode hier in der Ehrenhalle begraben wird?

Das war eine Gewissensfrage. Erstens wußte er nicht, ob Weissenberg überhaupt sterben wird, aber wenn es einen iberlichen Rest gibt, das war seine Schlussfolgerung, dann wäre natürlich nichts würdiger als die Halle, beizugen sterblichen Rest zu beherbergen.

Und eine weitere Frage: Ob Adolf Hitler auch mal in diesem Trebbiner Pantheon beigelegt wird? Weil doch der Meister den Hitler heilig gesprochen hat.

Darauf die ernsthafteste Antwort: er glaubt ja. Im übrigen weiß er zu erzählen, daß die Weissenberg-Gemeinde sich um einen

Besuch und eine Rede Hitlers in der Festhalle bemüht. Ob er kommen wird, das ist noch nicht entschieden. Man hofft es.

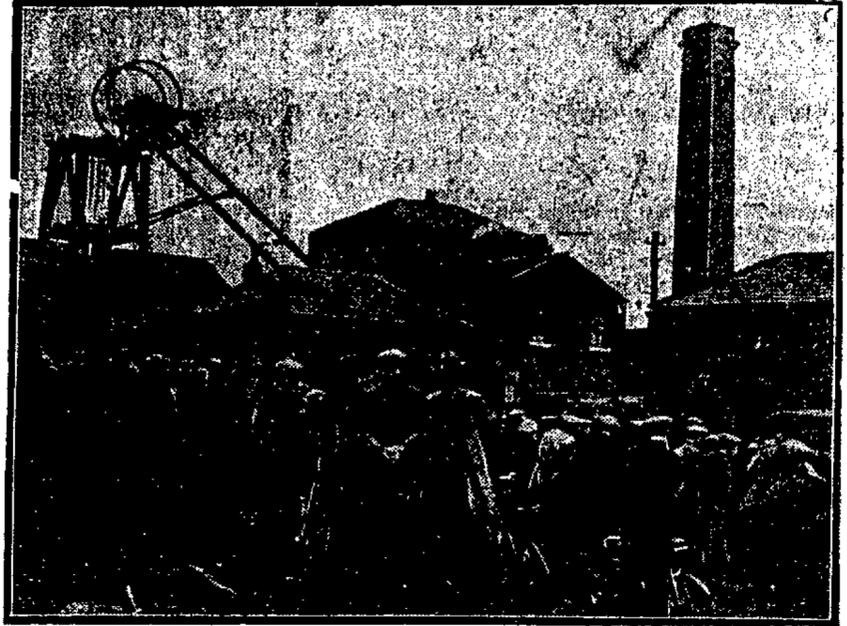
Mit einer Frau, die irgendwie zur Verwaltung dieser Kirche, in der übrigens auch Bier ausgeschenkt wird, gehört, konnten wir uns über die bekannte wunderwürdige Heilwirkung des Weissenbergischen weißen Käse unterhalten. Sie wollte damit Gelenkrheumatismus geheilt haben. Vor zwei Jahren, so versicherte sie uns, machte ihr das Laufen Beschwerden und jetzt marschiert sie wie ein Reichswehrsoldat. Alles der weiße Käse.

Wir fragten, ob sie am 6. November Hitler gewählt hat; „ja“.

Und was sie von Hitler erwartet. Ob die Erwerbslosigkeit abnimmt? Ob sie erwerbslos ist? und ob es Arbeitslose gibt in der Friedensstadt?

Opfer der Arbeit

Auf der Garswoodhall-Zeche in Ashton in der englischen Grafschaft Lancashire ereignete sich eine furchtbare Grubenexplosion, die bisher 24 Todesopfer gefordert hat; vier Bergleute befinden sich immer noch im Schacht — man hat jedoch alle Hoffnung aufgegeben, sie lebend zu bergen. Unser Bild vom Schauplatz der Katastrophe zeigt die Schachtanlagen — im Vordergrund sieht man Kameraden und Verwandte der Verunglückten in Erwartung neuer Nachrichten.



Technik und Erfindungen

Wiedergeburt von Carusos Stimme

Gloria Caruso, die dreizehnjährige Tochter des unvergesslichen Sängers, hörte kürzlich in Paris zum erstenmal die Stimme ihres Vaters auf einer neuen Grammophonplatte, die das „Besti la Giuba“ aus dem „Bajazzo“ in der Schönheit erklingen ließ, die Carusos Stimme auf der Höhe ihrer Leistungen zeigte. Die Ingenieure der Grammophongesellschaft haben 6 Jahre lang gearbeitet, ein Verfahren zu vervollkommen, das die Stimme so wiedergibt, als wenn Caruso heute die Platte gesungen hätte. Durch Behandlung der ursprünglichen Platten durch ein kompliziertes Verfahren und durch Ersatz der alten Begleitung durch das Spiel eines Orchesters wurde eine Platte von erstaunlicher Lebendigkeit gewonnen. Wenn Caruso noch lebte und die Platte besungen hätte, so hätte kein besseres Ergebnis erzielt werden können.

Müllverwertung als Düngemittel?

Im Laboratorium der Müllverwertungsanstalt von Köln sind vor einiger Zeit Versuche über die Verwertung von Müll als Düngemittel gemacht worden. Es handelte sich damals um eine Verarbeitung des sogenannten Feinmülls und der Kesselschlacke zu einem Düngemittel, das dem Thomasmehl ähnelte. Nunmehr sollen diese Versuche, deren Ausgang befriedigend war, in größerem Maße fortgesetzt werden. Man beabsichtigt ein wirtschaftlich einwandfreies Verfahren zu entwickeln. Sollte das Ergebnis positiv sein, so dürfte mit einem wichtigen neuen Faktor auf dem Gebiete der Düngemittel zu rechnen sein.

dem einen oder anderen Landjag nieder, um sich von den „Strapazen“ zu erholen.

Und der zweite Führer? Der „Theoretiker“ Gregor Straßer nämlich? Er ist ganz aus dem Häuschen gefahren. Er sieht, daß Blatt um Blatt fällt, noch bevor er und Adolf Ministerstühle ergattert haben und möchte so rasch als möglich noch retten, was noch zu retten ist, so läßt er einen Artikel los, in dem er verkündet: Es sei das Gebot der Stunde, daß es nun kein Ausweichen und kein Entrinnen gäbe, die nationale sozialistische Bewegung in den Staat einzubauen.

Also das treibende „Treibholz“ zeitigt die Früchte: Hitler kehrt von seiner Villa in Berchtesgaden zurück und Straßer bereitet den Boden für den Verkauf der Söldnertruppen vor.

Einstimmig

Kann es für einen Regierungschef eine größere Anerkennung geben, als wenn man ihm einstimmig Ovationen bereitet? Gewiß nicht. In der Einstimmigkeit liegt die höchste Anerkennung. Und diese Einstimmigkeit ist Papen zuteil geworden. Ueber den Besuch Papens in Dresden berichtet nämlich die „Vossische Zeitung“ folgendes:

„Es hatte sich trotzdem eine große Menschenmenge angefundnen, die Kundgebungen plante. Die Polizei räumte daher den Bahnhof, konnte aber nicht verhindern, daß die Menge draußen den Kanzler mit stürmischen Rinderrufen und Protestkundgebungen begrüßte. Auf dem Bahnsteig verabschiedete sich der Reichskanzler herzlich von seinen Gastgebern. Beim Abschied ertönte eine einzige Stimme: „Hoch Papen!“
Also die „Einstimmigkeit“ ist hier eindeutig festgestellt worden. Einmütig: Hoch Papen!

„Nein, alles bessere Leute, die in der Siedlung wohnen. Die Frau selbst hatte eine große Wätterel in Berlin.“

Was Hitler für die Arbeitslosen machen wird, interessiert sie nicht, „denn“, so sagte sie, „wir stehen alle in des Meisters Hand. Wir werden geführt und brauchen nicht zu sorgen.“

Draußen regnete es immer noch. Scherzhaft fragte ich, ob der Meister nichts gegen den unangenehmen Regen machen könnte. Darauf erhielt ich zu meiner Verblüffung die Antwort: „Ja, wenn er mit dem Herrn sprechen würde; aber es muß doch regnen.“

Ich fragte gar nichts mehr. „Wat“ meinte der Gastwirt, dem ich in der Zwischenzeit, die ich auf den Autobus warten mußte, meine Erlebnisse mitteilte, „det is noch ja nicht. Da kommen se mal abends her, wenn die Kerks der Rollen kriejen und die Frauen krettschen und in Ohnmacht fallen. Da bleibt Ihnen die Spude weg.“

Das sind Wähler, wie man sie Hitler gönnen kann, das ist meine Ueberzeugung geworden.

Große Männer hatten oft ihre Propheten: der weise Salomo seine Säger, Napoleon seine Marschälle und Hitler hat Weissenberg.

Vom Tage

Schwere Taifun-Verwüstungen in Japan

Tokio, 15. November. An der ganzen Küste des Stillen Ozeans wütete ein Taifun, der große Verwüstungen angerichtet hat. Die Schiffsverbindungen sind unterbrochen. In einem Dorf sollen über vierzig Häuser zerstört worden sein und bis jetzt soll man fünfzehn Tote haben bergen können.

In einem anderen Dorf soll ein großer Brand ausgebrochen und das Dorf dadurch in Asche gelegt worden sein. Weitere Einzelheiten über das Unglück fehlen noch bis zur Stunde.

Die Brandkatastrophe im Schweizer Kinderheim

Nädenswil, 15. November. Der 42jährige Schwachsinrige Karl Widmer, der als vermutlicher Brandstifter des Brandes im Kinderheim Bühl, bei dem zwölf Personen ums Leben kamen, gesucht wurde, ist am Montag abend verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert worden. Er hat zugegeben, den Brand gelegt zu haben. Der Verhaftete, der seit seinem vierten Lebensjahr mit einigen Unterbrechungen in der Anstalt untergebracht war, muß als unzurechnungsfähig betrachtet werden.

Der Schiffsbrand im Amsterdamer Hafen

Amsterdam, 15. November. Das Großfeuer, das auf dem hier im Hafen liegenden 15 000 Tonnen großen holländischen Motorschiff P. C. Hoost ausbrach, hat das riesige Schiff völlig vernichtet.

Das Schiff bietet ein Bild der Verwüstung. Es stehen nur die lachgebrannten Schiffswände. Unaufhörlich steigen dicke weiße und schwarze Rauchwolken empor. Das Wasser in der Nähe des Dampfers siedet. Unversehrt ist nur das Vorschiff. Durch die Bullaugen sieht man das Feuer sein Vernichtungswerk fortsetzen. Auch im Laufe des Vormittags wurde noch eine Explosion im Innern des Schiffes gehört. Die Gefahr der Explosion der am Bord befindlichen tausend Tonnen Del besteht nach wie vor.

Das Schiff ist mit 13 Millionen Mark versichert, ebensowenig betrogen seine Baukosten.

Schüler totgefahren

Zu einem schweren Verkehrsunfall kam es gestern in den späten Nachmittagsstunden in der Landsberger Allee vor dem Hause 131. Der 10jährige Horst Kassel, der in der Landsberger Allee 151 wohnte, wurde beim Ueberqueren des Fahrdammes von einem Dreiradlieferwagen erfasst und heftig geschleudert. Der Junge trug eine schwere Kopfverletzung davon. Der Fahrer des Wagens fuhr sofort mit dem Kind in das Krankenhaus am Friedrichshain, wo der Verletzte jedoch kurze Zeit nach der Einlieferung starb. Die Schuldfrage an diesem tragischen Unglücksfall konnte noch nicht geklärt werden.

Unter Verdacht des Kindermordes

Von der Kriminalpolizei wurde gestern die 22jährige Arbeiterin Hedwig P. aus Köpenick unter dem Verdacht festgenommen, ihr neugeborenes Kind ermordet zu haben. Das Kind wurde vor 14 Tagen in einem Graben in der Nähe von Köpenick gefunden. Die Frau erklärte bei ihrer Vernehmung, daß sie nicht gewußt habe, ob das Kind noch lebe. Ihr Freund habe das Kind fortgeschafft.

Glosse vom Tage

Das Treibholz, der „Führer“ und die Masse

Am Tage nach dem 6. November stellte die Nazipresse, die vor der schwierigen Situation stand: „Wie sage ich es meinen Kindern?“, fest, daß es sich bei den verlorenen 2 Millionen Stimmen nur um Treibholz handelt. Nun, wir müssen schon sagen: eine recht hübsche Masse Treibholz. Und das „Treibholz“ treibt. Eine Woche nach dem 6. November, am 13. November, bemerken wir ein Anschwellen der Fluten und neue Massen „Treibholz“ werden abgetrieben. Wir sehen also, das „Treibholz“ bewegt sich mit zunehmender Geschwindigkeit abwärts von Hitler.

★

Und was tut der „große Führer“? In einer Berliner Mittagszeitung lesen wir: „Aus München wird berichtet, daß Hitler gestern Abend von seinem Landsitz bei Oberpfalzberg bei Berchtesgaden zurückgekehrt sei und daher erst heute wieder im Braunen Haus erwartet werde.“

Nach dem 31. Juli, als Hitler die Massen zum verschärften Terror einsetzte, als die SA fürmbereit in den Quartieren lagerte, um eventuell jeden Moment für den „Führer“ das Leben aufs Spiel zu setzen, kam ebenfalls aus München die Meldung, daß der „große Adolf“ geruhe, sich in den Bergen von den Strapazen zu erholen. Während also die Massen seiner Nachläufer in Bereitschaft gehalten werden, während sie in Straßenlampfen einzeigt werden, während das „Treibholz“ treibt, läßt sich der „große Führer“ in der Villa bei Berchtesgaden auf

15. Jahrestag der Oktoberrevolution

Gerade in diesen Tagen spüren wir am meisten die internationale Bedeutung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion für unsere alltägliche Arbeit. Gerade in diesen Tagen müssen wir den Parteimitgliedern klarmachen, daß unser Kampf für die Mobilisierung des Proletariats zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Kabinetsregierung und ihre Verordnungen, gegen den Faschismus und Sozialfaschismus, für den Streikampf, für die Organisierung des politischen Massenstreiks und andererseits der Kampf für die Popularisierung der Erfolge unserer russischen Bruderpartei anlässlich des 15. Jahrestages, der Kampf für den Schutz der Sowjetunion nicht zwei verschiedene, getrennte Kampagnen sind. Das sind nur verschiedene, eng miteinander verflochtene Seiten unserer revolutionären Tätigkeit. Wir müssen den 15. Jahrestag dazu benutzen, die breiten Massen der Werktätigen in Deutschland zum Nachdenken zu bringen, über die prinzipiell verschiedenen Wege der Entwicklung in Deutschland und in der Sowjetunion. Gerade die ökonomische Weltkrise einerseits und die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion andererseits, werden unter unserer aktiven Beeinflussung die werktätigen Massen zu richtigen politischen Schlussfolgerungen kommen lassen. Sie machen jetzt eine große politische Schule durch. Zum 15. Jahrestag besteht unsere Aufgabe darin, ihnen zu helfen, aus den Ereignissen der Nachkriegszeit ihre Schlüsse zu ziehen.

Einerseits haben die Massen die Ergebnisse der siegreichen proletarischen Revolution in der Sowjetunion, in der das Proletariat von den Bolschewiki geführt wurde, vor Augen.

Andererseits die Novemberrevolution in Deutschland, in der die Massen zum überwiegenden Teil der Sozialdemokratie vertrauten und sich von ihr „führen“ ließen. Auch hier liegen die Ergebnisse klar vor Augen. Die deutsche Sozialdemokratie wurde 1918 durch die Welle der Revolution zur Regierungsmacht getragen. Während sie den Massen die Köpfe verwirrte mit dem Schrei: „Die Sozialisierung marschieren!“, tat sie alles, um der Bourgeoisie die Macht wieder zuzuspielen. Ich erinnere daran, daß noch jüngst, bevor die eigentliche Krise einsetzte, der moderne Theoretiker der SPD, Tarnow, behauptet hat, in Deutschland sei mehr Sozialismus als in der Sowjetunion. (Belächler der Konferenzteilnehmer.) Die SPD predigte den Massen den „demokratischen Weg“ und forderte im Namen der Demokratie die größten Opfer von ihnen. Die SPD ist ihren Weg Schritt für Schritt gegangen. Heute sehen wir die Folgen. Es ist ganz klar, daß es nicht der „demokratische Weg“ ist, der zum Sozialismus führt — einen derartigen Weg gibt es nicht und wird es niemals geben. Der Weg der SPD war der Weg zur schlimmsten faschistischen Reaktion.

Zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution müssen wir vor den Massen ganz klar und prinzipiell die Frage stellen, ob sie auch nur einen Tag länger den von der SPD begangenen Weg zu gehen gewillt sind.

Aber kann etwa der Faschismus einen anderen gangbaren Weg für die Massen vorschlagen? Haben wir nicht die Ergebnisse faschistischer Wirtschaft in Italien, die den Massen nur fürchterliche Blutbäder, nur Elend und Hunger, Massenarbeitslosigkeit, schlimmste Entrechtung und Demütigung gebracht hat? Und sprechen nicht die Ergebnisse der reaktionären Herrschaft in Polen, in Ungarn, auf dem Balkan eine deutliche Sprache? Das sind einige Ergebnisse der Entwicklung in den kapitalistischen Ländern. Die Grundlagen dabei sind entfaltete Angriffe auf die Arbeiterklasse, Faschismus und Krieg.

Aus der wichtigen Broschüre: „Die Wahrheit über die Sowjetunion“. Preis 10 Pf., zu haben bei allen Vitoblen.

Proletarisches Verdummungsinstitut „Volksbühne“ in der Provinz

Wir fahren heute in der Volksbühnendebatte weiter fort, die durch wichtige Arbeiten anlässlich der Wahl unterbrochen wurde. Trotzdem hat das Thema: „Volksbühne“ an Wichtigkeit für uns nichts eingebüßt.

Wir bringen heute die Zuschrift eines ehemaligen Mitgliedes des „Schlesischen Landes-theaters“. Hier wird uns die Arbeit der „Volksbühne“ in den Städten des niederschlesischen Industriegebietes gezeigt:

Das Kapitel „Volksbühne“ ist für uns so wichtig, und so ausschlaggebend für den kulturellen Klassenverrat der SPD, daß wir uns heute wieder mit diesem Thema beschäftigen wollen, und zwar mit einem wichtigen Wirkungskreis der „Volksbühne“, dem „Schlesischen Landes-theater“, das ebenfalls von Eggers und Wöhring von Breslau aus geleitet wird. Hier könnte die schönste und verantwortungsvollste kulturelle Aufgabe in den Händen der Volksbühnenleiter liegen. Denn die überwiegende Mehrzahl der zu bespielenden Städte dieses Landestheaters besteht aus reinem Arbeiterpublikum, das sich schon Wochen vorher auf die Vorstellungen freut und sich die Piennige zum Besuch des Theaters vom Munde abspart. Was aber spielen die sozialdemokratischen Direktoren der Breslauer Volksbühne, in deren Händen die Ausgestaltung des Spielplans liegt, der Arbeiterkraft von Vangeln, Neubode, Waldenburg, Reichensbach, Striegau, Bunzlau, Ober-Schreiberhau, Groß-Wartenberg, Oels und vielen anderen Städten für Werke vor? Wie verhalten diese Herren, die, in ihre Hände gelegte kulturelle Erziehung der Arbeiterklasse? Man spielt den Arbeitern dieser Orte in der Hauptsache Schmarrenstücke aus den höchsten Niederungen des bürgerlichen Bühnenhandwerks vor, wie z. B. die Operettenposse: „Meine Schwester und ich“, „Sturm im Wasserglas“, „Wend im Paradies“, „Mina“, „Die Freier“, „Im weißen Rössl“, „Zum goldenen Huter“, „Petersdens Mondfahrt“ (für Arbeiterkinder!), „Herr Lambertier“, „Trio“, jedes dieser Stücke einen Monat lang.

Oh ja, man muß schon sagen, in der Volksverdummung läßt sich die Sozialdemokratie von keiner bürgerlichen Partei übertreffen.

So schämen die Herren Eggers und Wöhring und Konjorten geistig die Arbeiterkraft ein. Aber das Proletariat ist weiter, als die volksfeindlichen Herren im Wohlwortschneiderei glauben. In Waldenburg z. B. regnete es Proteste der revolutionären Mitglieder der Jungsozialisten in ihrer eigenen Zeitung. Auch gegen den Scheinsozialismus der „Freigroschenoper“ protestierten diese jungen Proleten. In Bunzlau brach sogar bei der Premiere des sentimentalischen Kitzstückes „Wolke“ ein Theaterstandal aus.

Netzt wurde man scheinbar kühner, man ließ aus dem Berliner Spielplan der Volksbühne Dobitski „Ehe“ einstudieren. Als aber auf die bloße Voranzeige hin ein Bunzlauer deutschnationales Blatt zu drohen anfing, erschrak man vor seiner eigenen Kühnheit und setzte die Einstudierung 8 Tage vor der Premiere ab. Dafür kam dann „Wend im Paradies“. Damit aber der Arbeiterkraft auch nichts davon bleiben sollte, befaß man sich auf seine „kulturelle Mission“ und gab 23 Mal — ausgerechnet — „Don Carlos“ auf Wunsch eines Verlehrers im Saganer Vorstand.

Weshalb, wird man fragen, legt die Volksbühne der Arbeiterkraft

Verstärkte Solidarität, Massenmobilisierung und fühnere Aktionen

Die Bedeutung der Landeskonferenz der ZMh. Schlesiens

Breslau. Am 12. und 13. November tagte die Landeskonferenz der ZMh. in Breslau. Angesichts des Heranrückens der revolutionären Krise und des wachsenden Widerstandes der Arbeiterklasse kommt dieser Konferenz besondere Bedeutung zu. Die Konferenz befaßte sich mit den Lehren und Erfahrungen der vergangenen Kämpfe. Besonders in der Diskussion wurde aufgezeigt, daß mit dem Zunehmen der Wirtschaftskämpfe auch die Bedeutung der ZMh. und der proletarischen Solidaritätsaktion in breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung erkannt wird. Die Diskussion zeigte glänzende Beispiele der wachsenden Massenolidarität, die insbesondere bei allen Wirtschaftskämpfen zum Ausdruck gekommen ist. Besonders klar schaltete sich aus der Diskussion die Taktik der verätherlichen Gewerkschaftsbürokratie heraus, die überall bemüht war, nicht nur den Kampf der Arbeiter zu verhindern, sondern dort, wo gestreift wurde, offen den Streikbruch organisierte und gegen die ideologische und materielle Hilfeleistung der ZMh. einen Verleumdungskampagnen führte. Trotzdem gelang es in einer ganzen Reihe von Betrieben Solidaritätsausschüsse zu bilden, in denen sich SPD-Arbeiter, Parteioffiziere, Kommunisten und ZMh.-Mitglieder zur Organisierung der gegenseitigen Hilfeleistung zusammenschlossen.

Die Konferenz stellte drei Aufgaben der Solidaritätsbewegung in den Vordergrund:

- 1. Sicherung der materiellen Solidarität bei Streiks;
2. Verstärkte Massenmobilisierung gegen soziale Reaktion;
3. Fühnere Aktionen der proletarischen Solidarität für die hungernden Erwerbslosen, Frauen und Kinder.

Auf der Konferenz stand besonders scharf die Frage der Verbindung der materiellen Hilfeleistung mit der Auslösung von Massenaktionen der Erwerbslosen um ihre Forderungen. Mit voller Klarheit zeigte die Konferenz auf, daß zur Durchführung und Durchsetzung aller Forderungen der Werktätigen ein enges Kampfbündnis zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen notwendig ist. Sie faßte den Beschluß, alles daran zu setzen, um die Betriebe zum Ausgangspunkt aller Aktionen der proletarischen Solidarität zu machen.

Im Verlauf der Konferenz wurden neben der Reichsdeputation über einige wichtige Anträge zwei Resolutionen eingebracht und an-

genommen. Die erste dankt den proletarischen, politischen Gefangenen für ihre Konferenzbegrißung und bringt die enge Verbundenheit der Konferenz mit den im Hungerstreik lebenden politischen Gefangenen gegen die Faschisierung des Strafvollzugs zum Ausdruck.

Die zweite Entschlieung begründet die Kampfverbundenheit der deutschen und französischen Sektionen der kommunistischen Internationale im Kampf gegen den Schandvertrag von Versailles.

Die Konferenz schloß mit dem Gelöbniß, im Rahmen des Solidaritätswerkes der Arbeiterkraft alle Kräfte zur Entlastung zu bringen, um auch in Schlessen eine breite Solidaritätsfront zu schaffen im Kampf gegen Krieg, Hunger und Faschismus. Für die Verteidigung der Sowjetunion für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Entschlieung

Die Landeskonferenz der ZMh. Schlesiens entbietet allen proletarischen politischen Gefangenen, insbesondere denen, die sich auch in der Gefangenschaft zusammengeschlossen haben zu einem heldenmütigen Kampf gegen die Verhärterung des Strafvollzugs heiße Kampfeskrißte.

Die Konferenz gelobt, alle Kräfte einzusetzen im Kampf gegen Sondergerichte und Terrorurteile, im Kampf um die Vollstreckung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Resolution

Die Landeskonferenz der ZMh. Schlesiens begründet die gemeinsame Aktion der deutschen und französischen Sektion der kommunistischen Internationale im Kampf gegen den Schandvertrag von Versailles. Dieser Vertrag, dessen Erfüllung nur durch verstärkte Ausbeutung der Werktätigen ermöglicht wird, verschärft die Not des Proletariats ungeheuer. Aber auch dieser Vertrag der internationalen Ausbeuter kann nur beseitigt werden im Kampf um die Beseitigung des kapitalistischen Systems. Die Versammelten geloben daher, in enger Verbindung mit dem französischen Proletariat ihre Kräfte einzusetzen für die Beseitigung desselben und zu kämpfen für die soziale und nationale Befreiung der Proletarier aller Länder.

Frauen im Kampf um Winterhilfe

Breslau. Die Frauendelegation wurde für Freitagnachmittag 17 Uhr auf das Fürsorgeamt Ritterplatz von den Stadträten Daumann und Tilsner bestellt. Als die Delegation dort erschien, waren die Herrschaften ausgeflogen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß im Rathaus die Magistratsitzung tagt und daß über die Winterbeihilfe beraten wird. Die Delegation begab sich nach dem Rathaus, um ihre Forderungen vorzubringen. Der Inspektor läutete den Magistrat an, daß die Delegation da sei. Die Antwort aber war, daß wegen der Winterbeihilfe erst in späterer Stunde beraten wird. Die Delegation ließ aber nicht locker und verlangte nochmals, daß weiter darüber beraten werde. Zur gleichen Zeit erschienen fünf bis sechs Polizeibeamte, die sahen, daß die Ansammlung der Frauen

immer größer wurde. Sie wollten die Ruhe und Ordnung des hohen Hauses schützen, aber

die Frauen drangen trotzdem in den Vorraum ein und forderten gemeinschaftlich die Winterbeihilfe.

Der Polizeimeister war gezwungen hinauszugehen und die Forderungen der Frauen vorzutragen. Die Antwort war, daß sofortige Beratung vorgenommen werde und die Delegation Sonnabend vormittag 10 Uhr auf dem Fürsorgeamt Ritterplatz endgültigen Bescheid holen sollte. Alle anwesenden Frauen gaben der Delegation die letzte Frist, bis Mittag zu warten, außerdemfalls sie mit ihren Kindern auf dem Fürsorgeamt erscheinen, um ihre Forderungen selbst vorzubringen. Man konnte auf dem Ring selbst von Bürgerlicher Hysterie, daß es eine Schande ist, daß man den Armen der Armen noch nicht die Brot- und Kohlenmarken gibt, wofürgegen die Herren vom Magistrat in ihren überheizten Räumen sitzen.

Frauen, unterstützt die Delegation in ihrem Kampf, denn ihr Kampf ist euer Kampf! Erscheint in Massen, wenn auch die Frauendelegation aufruft, mit ihnen gemeinsam den Kampf zu führen!

Achtung! Kurzes Politische Dekonomie!

Wir beginnen heute 20 Uhr einen neuen Kurzes, in dem die ökonomischen Grundlehren des Marxismus behandelt werden. Referent: Gen. Zellen. Marxistische Arbeiterchule, Wallstraße 21, 3. Etage, links.

Achtung! Sprachkurse und Fachkurse!

Wir beginnen folgende Kurse: Englisch für Anfänger heute abend 19 Uhr, Buchführung Freitag 19.30 Uhr, Schrift- und Figurenzeichnen Montag um 19 Uhr. Wallstraße 21, 3. Etage, links.

Unter Kontrolle der Massen

Ein Arbeiter schreibt uns folgendes: Hiermit möchte ich einige Worte über die Veranstaltung im Messehof als parteiloser Arbeiter sagen. Auch ich brachte zwei Arbeiter, welche mit der SPD sympathisieren, mit, und es gefiel am Eingang schon die Ordnung, welche vom K.M.Z. gestellt wurde, sehr gut. Tausende waren begeistert von den Rednern des Abends, und mit Recht. Solange solche Männer für die Bewegung arbeiten, ist alles in guten Händen und es wird sicher vorwärts gehen. Etwas aber ließ zu wünschen übrig, und das war die Unruhe vor dem linken Vortrager. Ich mußte zu meinem Bedauern feststellen, daß auch Ordner und einige K.M.Z.-Leute während den Referaten mit den Jungpionieren sich unterhielten und neckten. Ich glaube im Namen aller zu handeln, wenn ich fordere, daß so etwas nicht einreißt darf. Gerade der Ordner muß dafür sorgen, daß während der Referate unbedingte Ruhe herrscht.

Auch ist es eine Unruhe, daß einige Frauen einfach in die Erde geleht oder aber auch einige andere während des Referats eingetroffen wurden. Es ist doch der schönste und erhebenste Anblick, so viele rote Fahnen d. h. proletarische Banner, zu sehen. Ich glaube, man dient der Sache nicht, wenn man alles gut heißt, sondern indem man auf die Schwächen hinweist, damit dieselben beseitigt werden.

Diese Feilen müssen allen Parteimitgliedern und revolutionären Massenorganisationen ein Axiom sein, alle Mängel und Schwächen abzustellen. Die Anregungen des Arbeiters sind sehr wichtig und wir veröffentlichen sie, damit alle revolutionären Arbeiter helfen sollen, die vorhandenen Schwächen zu beseitigen.

Stadtheater. Don Giovanni. Die Mozart-Festspiele im Breslauer Opernhaus gipfelten in der Aufführung des Don Giovanni mit dem Gast-Kammerjäger Fiedler. Man konnte an den Gästen besonders gut messen, auf welchem Niveau das Breslauer Ensemble steht, und es waren keine Klassenunterschiede festzustellen. Ganz ein gutes Zeichen für die Breslauer Oper. Der Gast, Kammerjäger Fiedler, legte sich als Octavio eine etwas zu große Zurückhaltung auf, während der Dirigent das Gegenteil tat, so daß zeitweise das Orchester die schöne starke Stimme Fiedlers überdeckte. Rose Pauly erschien etwas steif, ihr schönes Organ, ihr ungeheures Stimmregister ließ das aber vergessen. Der Höhepunkt des Abends war ihre Kacharia im zweiten Akt. Wir freuen uns an einer Mozartoper immer wieder als einer schönen musikalischen Aderinnerung an eine verschönerle, romantische Zeit. Sie hat uns nicht mehr viel zu sagen. J. o. n.

einen solchen Spielplan vor? Die Beantwortung ist sehr einfach. Der Ehrgeiz der sozialdemokratischen Volksbühnenleiter besteht nicht etwa darin, proletarische Kulturarbeit zu leisten. Oh nein, sie möchten gern ein rein bürgerliches Publikum gewinnen, möchten auch hier — wie in Breslau — in erster Linie das Theater der Bourgeoisie sein, die Arbeiterkraft ist ihnen gleichgültig. Aber das Bürgerpublikum des Bühnenvolksbundes, der in denselben Städten wie die Volksbühne spielt, möchte sie zu sich herüberziehen; das ist ihr Ehrgeiz. Gesellschaftstheater, nicht wirkliche Volksbühne wollen sie sein, und nichts bringt sie so in Wut, als nur der Verdacht marxistisch zu sein oder als linksstehend zu gelten. Sie verleugnen das Proletariat, das bis heute zu 90 Prozent ihr Publikum ist und möchten es in der Provinz gern durch die Bourgeoisie des Bühnenvolksbundes ersetzt haben. Daher spielen sie fast nur Zug- und Kassenstücke, um den Instinten dieses Bürgertums entgegenzukommen, um diese in ihr Lager herüberzuladen. Damit aber verbürgerlichen sie die Anschauung des Proletariats und erschweren eine revolutionäre Kulturarbeit.

Man sehe sich nur einmal diese Kreise um Eggers und Wöhring herum an, in- und außerhalb der Volksbühne, und wird sofort begreifen, daß diese Herren nie etwas für proletarische Kulturarbeit übrig haben können.

Diese schamhaften Gestalten sind es, die die Kulturarbeit der Volksbühne beeinflussen, das Schicksal der Schauspieler und Angestellten in ihren Händen haben und im übrigen jedem Proleten auf jeden Schritt Entfernung aus dem Wege gehen, denn sie haben ja in der SPD. erreicht, was sie wollten, Stellung, Macht und hohes Einkommen. Wozu also jetzt noch die Proleten kulturell ausklären? Sie hängen wie die Ketten zusammen und haben nur eine Sorge, jede Verbindung der bei ihnen angestellten Schauspielerschaft mit dem proletarischen Arbeiterpublikum zu verhindern. Deshalb lassen sie auch kein Personal richtig warm werden, sondern engagieren für jede Spielzeit neues und noch billigeres Personal, das sie dann wieder, nachdem sie es 8 1/2 Monate ausgebeutet und entwertet haben, fast vollständig auf die Straße setzen.

„Das mir ja keine kommunistischen Kundstücker in den Betrieb gelegt werden“

lautete der wörtliche Ausdruck eines dieser Herren, bei einer Inspektionreise. In Breslau gefragt, warum denn die Herren Volksbühnenleiter nicht ein wirklich proletarisches Theater spielen, erklärten sie wörtlich: „Aber die Arbeiter wollen doch gar kein revolutionäres Theater sehen. Das ist eine Idee, die nur in den Köpfen wurzelloser Literaten spukt. Die Arbeiter, so glaubt uns der Führer der Volksbühne weismachen zu wollen, wünschen nur Operette, Lustspiel, hübsche Mädels, elegante Dekorationen, Schwank, Witz, Klamauf, einen verstaubten Klassiker und mal ab und zu ein Vortrag von Paul Eggers und Wöhrings Gnaden zu hören. Revolutionäres Theater aber hassen angeblich unsere Arbeiter. Das ist die Logik der SPD-Strategen.“

Doch die Arbeiter zeigen durch Massenproteste, daß sie revolutionäre Stücke wollen und widerlegen damit deutlich die Ansicht der SPD-Führer.

Wir liegen im Zeichen des proletarischen Internationalismus

„Aufs schärfste müssen wir den Massen einhämmern, daß es ohne soziale Befreiung vom Joch des Kapitalismus auch keine nationale Befreiung aus den Ketten von Versailles geben kann! Aufs schärfste müssen wir den Massen einhämmern, daß imperialistische Aufzucht und Militarismus keine Befreiung bedeuten, sondern im Gegenteil verschärfte Zustände, noch mehr Unterjochung, Knebelung und Knechtung für die deutschen Werktätigen.“

„Aufs schärfste müssen wir den Massen einhämmern, daß man nicht Seite an Seite mit den deutschen Faschisten gegen Versailles kämpfen kann, sondern nur Schulter an Schulter mit den französischen, polnischen, englischen, tschechischen und übrigen Arbeitern der ganzen Welt.“

Gegenüber der wachsenden Kriegsgefahr zwischen Frankreich und Deutschland ist es von größter Bedeutung, daß wir in der Frage unseres Kampfes gegen das Versailles-System eine entscheidende Wendung zur größten Festigung des proletarischen Internationalismus in den breitesten Massen vollziehen. Gemeinsam mit den französischen Arbeitern gilt es, den Kampf gegen den Versailles-Schandvertrag auf eine höhere Stufe zu heben.“

(Gerosse Thälmann auf der Parteiarbeiterkonferenz der KPD, Oktober 1932.)

Mit diesen Worten des Genossen Thälmann ist die gewaltige Bedeutung unseres Kampfes gegen Versailles und Krieg unter dem Banner des proletarischen Internationalismus scharf umrissen. Es ist kein Zufall, daß die deutsche sowohl wie die französische Bourgeoisie einschließlich ihrer sozialdemokratischen Lakaien mit allen Mitteln versucht, unseren internationalen Kampf gegen Versailles und imperialistischen Krieg totzuschweigen und, wo das nichts hilft, zu verleumden, mit Schmutzflößen zu überziehen und wütend zu bekämpfen. Wie heute die gesamte bürgerliche Presse-deutlich und französischen Kommunisten den gemeinsamen brüderlichen Kampf der deutschen und französischen Arbeiter gegen Versailles, chauvinistische Kriegsgehe und imperialistische Aufrüstung proklamierte. Fälschungen, Verleumdungen — wir gründen nur an die bewusste Fälschung des Aufrufs unseres JA durch den „Vorwärts“ und die plumpe Fälschung der Nazis — Verbotshefte, das war die Antwort der Imperialistknechte. „Nationalsozialismus“, so geisterten und logen die Soldatenschreiber in den Redaktionsstuben des „Vorwärts“ und der übrigen SPD-Presse, um die Tatsache ihrer eigenen Kriegsgehe zu verschleiern.

Als aber Genosse Thälmann nach Paris gefahren und unter ungeheurem Jubel der französischen Arbeiter den Kampf gegen das Versailles-System im Geiste des proletarischen Internationalismus verkündete, da hüllte sich die Journaille auf höheren Befehl in tiefes Schweigen, denn nichts konnte besser ihre Lügen und Verleumdungen widerlegen als dieses mutige Auftreten des Führers der deutschen Kommunisten im Lande des

französischen Imperialismus, dieses Gendarmen von Versailles. Die deutschen Werktätigen haben diesen Versailles-Knechten und Kriegstrettern geantwortet. Sechs Millionen Stimmen für den Kommunismus, das ist ein flamendes Bekenntnis der deutschen Arbeiter zum proletarischen Internationalismus, ein Bekenntnis, das die Kriegsgehe diesseits und jenseits der Grenzen in panischen Schrecken verlegt hat. Es ist den Feinden des werktätigen Volkes nicht gelungen, durch Totschweigen und Verleumdungen die Millionenmassen über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß der Kommunismus allein die nationale und soziale Befreiung verwirklichen, daß allein unter den Fahnen des Kommunismus den Kriegsgehe an allen kapitalistischen Ländern das Handwerk gelegt werden kann. Sechs Millionen Stimmen bekanteten sich für die aktive Verteidigung der Sowjetunion, gegen die

imperialistische Aufrüstung, für den entschlossenen Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Millionen von deutschen Werktätigen erkannten, daß — nach den Worten des Genossen Thälmann — „man gegen Versailles nur Schulter an Schulter mit den französischen, polnischen, englischen, tschechischen und übrigen Arbeitern der ganzen Welt kämpfen kann.“

Wir werden diese Tatsache weiter in die Hirne der Werktätigen einhämmern, die heute noch vertritt den Illgen Stillen und der sozialdemokratischen Führer folgen. Wir tragen mutig und kühn das Banner des proletarischen Internationalismus den Millionenmassen des werktätigen Volkes voran. Die Anechte des Versailles-Systems, die imperialistischen Kriegsgehe mögen zittern: Unter Kampf gegen Versailles und imperialistischen Krieg wird im Zeichen des proletarischen Internationalismus liegen.

Vorbereitung sowjetfeindlicher Abenteuer

Maßlose Antisowjetheke der englischen Bourgeoisie und ihrer Regierung / Der bankrotte englische Imperialismus wettläuft mit Frankreich um die Führung des Antisowjet-Kreuzzuges

London, 15. November. Es zeigt sich in diesen Tagen, daß die englische Bourgeoisie die Kündigung der englisch-sowjetischen Handelsbeziehungen als den Auftakt zu einer maßlosen Heftkampagne gegen die Sowjetunion betrachtet. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in der großen Scharfmacherpresse einschließlich der Regierungsorgane die ungeheuerlichsten Ausfälle gegen die englisch-sowjetischen Beziehungen unternommen werden, wobei man sich nicht scheut, mit den alten Fetten des Sinojew-Briefes bekanteten plumpe Fälschermethoden zu arbeiten, in denen die englischen Konservativen zwar Meister sind, aber Meister, die niemals etwas neues hinzulernen.

Hat man vor einigen Wochen die Lügen aufgebracht, daß die Sowjetunion auf den von ihr nach England ausgeführten Zündholzschachteln „antireligiöse Propaganda“ treibe, so geht man jetzt zu „stärkeren Methoden“ über. Für die englische Bourgeoisie gibt es eine sehr einfache „Erklärung“ der Tatsachen der furchtbaren kapitalistischen Krise, der Not der Erwerbslosen und ihres heldenhaften Kampfes um das Stückchen Brot, das man ihnen stiehlt:

An allem ist die Sowjetunion schuld!

Sogar die Stöcke (!), die die Erwerbslosen beim Hungermarsch trugen, waren — o Graus! — mit Sowjetemblem versehen und

stammten daher natürlich aus der Sowjetunion, die mit diesen Stöcken — daran zweifelt weder die Regierung noch die konservative Bourgeoisie — augenscheinlich die Revolution in England entfachen wollte.

Daß bei einem solchen Stand der Dinge die weihgardistische Rigauer Fälscherindustrie wieder einmal Hochkonjunktur im Export ihrer „Artikel“ nach England hat, versteht sich am Rande. Die „Zwestija“ konnten in diesen Tagen mitteilen, daß der berühmte „Intelligence Service“ (englischer Geheimdienst) die weihgardistischen Agenten in Rigas mit der Fabrikation einer ganz besonderen „Sensation“ beauftragt, nämlich eines „Dokuments“, aus dem klipp und klar hervorgeht, daß — Stalin persönlich die Erwerbslosenbewegung in England und den Bürgerkrieg in Indien organisiert. Dieses „Dokument“ ist inzwischen auch tatsächlich in der „Times“ erschienen.

Die „Zwestija“ kennzeichnen treffend diese Methoden der englischen Bourgeoisie und ihrer Regierung, indem sie schreiben:

„Wir werden hier nicht die Unsnittigkeit der gegen die Sowjetregierung und Stalin erhobenen Beschuldigungen, die englische Arbeitslosenbewegung geführt zu haben oder den Bürgerkrieg in Indien vorzubereiten, widerlegen. An diesen Fieberphantasien ist das einzig Richtige, daß in England ein Elend ohnegleichen herrscht. Das Elend ist so groß, daß es die Erwerbslosen zu Aktionen treibt, wie sie England seit dem Chartismus nie gesehen hat. Daß diese Bewegung die kommunistische Partei nur stärken kann, unterliegt keinem Zweifel. Es ist eine Tatsache, daß in England die Diehards („Dicksops“, Spitzname für die Konservativen; entspricht der Bezeichnung „kapitalistische Scharfmacher“ d. Red.) den Bürgerkrieg nicht vorbereiten, sondern ihn schon führen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß Stalin nicht nur der Führer des Sowjetproletariats ist, sondern daß in ihm Duzende Millionen Arbeiter und Bauern der ganzen Welt ihren Führer sehen. Kann das aber bedeuten, daß Stalin für die Schließung der Fordwerke, für den Bankrott des Injunkturfabrikanten oder die Verdrängung der englischen Textilindustrie vom indischen Markt durch die japanische Konkurrenz verantwortlich ist? ...“

Die „Zwestija“ betonen weiter, daß die Diehards alle Anstrengungen machen, um die Friedenspolitik der Sowjetunion zu stören. Sie versuchen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Rumänien zu verhindern, sie arbeiten dauernd an einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten. Die „Zwestija“ schließen: „Die Wirtschaftskrise hat aus den Diehards der ganzen Welt eine Meute von Hunden gemacht, die sich um einen Knochen rauen. Ihr Gebell bringt ihnen nur Schaden, da es der ganzen Welt ihre Schwäche offenbart. In jedem Falle lenken wir die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf diese Vorbereitung sowjetfeindlicher Abenteuer, auf diesen neuen Versuch, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verschärfen. Dieser Versuch trifft uns zur Abwehr bereit.“

Paris-London gegen Washington

Neuanfrottung des Kriegsschuldenproblems im Zeichen verschärfter imperialistischer Gegensätze / Nur der internationale Kampf des Proletariats beseitigt die Tributlasten

Washington, 14. November. Wie wir bereits in unserer Ausgabe vom 13. November mitteilten, hat sowohl die englische wie die französische Regierung in Washington eine Note überreicht, in welcher eine Aufschübung und Neuregelung der Kriegsschuldenszahlungen an die Vereinigten Staaten verlangt werden. Viele Noten sind heute von der amerikanischen Regierung veröffentlicht worden. Der fast gleiche Wortlaut der französischen und englischen Note beweisen, daß sich die englische und französische Regierung vorher über diesen Schritt gegenüber den Vereinigten Staaten verständigt haben.

Hoover hat ein Telegramm an Roosevelt geschickt, in dem er eine gemeinsame Konferenz in Washington vorschlägt, um zu dem Vorstoß der Schuldnerstaaten Stellung zu nehmen. In diesem Telegramm erklärt Hoover, daß man den Forderungen der Schuldner nur dann entgegenkommen könne, wenn diese sich bereit erklären, den amerikanischen Abzählmarkt zu erweitern und den amerikanischen Rüstungsbedarf zuzustimmen, damit die Vereinigten Staaten ihre Rüstungsausgaben senken können.

Durch die englische und französische Note in Washington ist das gesamte Problem der internationalen Schuldenlasten erneut aufgebrochen worden. Ebenso wie das Versailles-System sind alle internationalen Abmachungen über die Kriegsschulden durch die

kapitalistische Weltkrise aufs schwerste erschüttert. Aber ebenso wie der französische Imperialismus das Versailles-System mit Zähnen und Klauen verteidigt, gerade weil es durch die Krise erschüttert ist, ebenso verteidigt das amerikanische Finanzkapital seine Gläubigerschaft gegenüber den Kriegsschuldnerstaaten, um so mehr, als die Krise die größten Verwüstungen auch in den Vereinigten Staaten angerichtet hat. Sehr typisch dafür ist eine Rede des Senators Borah, der darauf hinweist, daß in dem gleichen Augenblick, wo Frankreich und England die Streichung der Kriegsschulden verlangen ein Hungermarsch der Farmer auf Washington im Anmarsch ist, die die Befreiung von den erdrückenden Lasten fordern. Der amerikanische Staatshaushalt weist ein Milliardendefizit auf. Und unter solchen Umständen denken weder Hoover noch Roosevelt, weder die Demokraten noch die Republikaner daran, auf die Zahlung der Kriegsschulden zu verzichten, es sei denn im Austausch für Konzessionen auf anderen Gebieten. Aber wie sollen Frankreich den Abzählmarkt der Vereinigten Staaten vergrößern können, wo ihr eigener Abzählmarkt von Tag zu Tag immer mehr zusammenschrumpft. Wie kann der englische und französische Imperialismus einer Herabsetzung ihrer Kriegsrüstungen zustimmen in einem Augenblick, wo der Kampf um die Neuaufteilung der Welt in ein verschärftes Stadium tritt?

A. Schapowalow:

ILLEGAL

in alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4)
39. Fortsetzung.

Am 20. Oktober 1904, nach achtmonatigem „Sitzen“, öffneten sich vor mir die Gefängnistore.

Im Gefängnisbüro erwartete mich ein Polizist, der sich, wie es mir vorkam, sehr erzwungen mir gegenüber verhielt. Die wachsende revolutionäre Bewegung wirkte augenscheinlich auch auf die Polizei.

„Sie sind frei“, sagte mir der Wjtschnje-Wolotschok-Polizist. Man ließ mich unterschreiben, daß ich, ohne Aufenthalt, direkt von Wjtschnje-Wolotschok nach Kiew fahren werde.

Dünner Regen rieselte vom Himmel, als ich im Spätherbst das Polizeirevier verließ. Ueber der Stadt, über ihren Kanälen, über ihren Schleusen aus der Zeit Peter des Großen, über den kahlen Bäumen stand dichter Nebel. In meiner Seele aber blühte der Frühling, sangen die Nachtigallen. Vor meinen geistigen Blicken erhoben sich die Wasser. Ich hörte das Stampfen unzähliger Füße, das Flattern roter Fahnen, die hoch über den Köpfen wehten. Ich spürte den heißen Atem der Massen. Ich sah ihre Blide, die vor Begeisterung, vor Siegeswunsch brannten. Das Dröhnen des Kampfes, der Rauch der Feuersbrünste der ersten Revolution nahte. Ich sah sie schon, ich fühlte sie, und mit dem Gedanken an sie ging ich von einem Genossen zum anderen.

Von den Genossen, die ich noch in Wjtschnje-Wolotschok sah, erfuhr ich, daß die Parteiarbeit, trotz Verhaftungen, wieder in Fluß gekommen war. Die revolutionäre Stimmung der Arbeiterklasse steigerte sich, die Zahl der Mitglieder unserer Organisation wuchs.

Schon am Tag nach meiner Ankunft wurde ich dem Zekaterinoslawer Komitee der KSDAP (B) zugeteilt und zum Organisator

later des Fabrikbezirks Tschetschelowsk bestimmt, zu dem auch die in zehn Werst Entfernung liegenden Unterbezirke Nishnje-Dnjeprowsk und Amur gehörten. In diesen Bezirken befanden sich die größten Fabriken der Stadt: die Brjansker-Fabrik (15 000 Arbeiter), die Kohlfabrik, die Fabrik Chadoir, die Nagel- und Bolzenfabrik, die Dnjeprowsker-Fabrik, die Sirius-Fabrik und andere.

Aus den Gesprächen mit den Genossen und aus den Unterredungen mit dem Bezirk, die noch am selben Tage stattfanden, bekam ich den Eindruck, daß das Zekaterinoslawer Komitee schwere Zeiten durchzumachen hatte.

Nach dem Aufschwung, der vor einem Jahr während des Streiks im Süden den Höhepunkt erreichte und nach der Erziehung der Arbeiter der Brjansker-Fabrik im Oktober 1903 befand sich die Arbeiterklasse noch immer in einem Zustand schwerster Missetimmung und Gleichgültigkeit, die sie nach den schweren Verfolgungen erfaßt hatte.

Die besondere Aktivität der Arbeiterjugend, die Flugblätter in den Fabriken verbreitete und in Verbindung mit dem Komitee stand, lenkte die Aufmerksamkeit der Gendarmen auf sie. Die Arbeiterjugend erschien ihnen viel gefährlicher als die alten, verheirateten Arbeiter, die eine so gewagte Arbeit, wie die Verteilung von Flugblättern, nicht unternahmen. Um der revolutionären Bewegung einen wirklich fühlbaren Schlag zu versetzen, erfanden die Gendarmen eine bis zu einem gewissen Maße radikale Maßnahme, die sich in Massenentlassungen junger Arbeiter in allen Zekaterinoslawer Fabriken äußerte. Viele Vertreibung der Jugend aus den Fabriken führte eine Zeitlang dazu, daß dort keine Flugblätter mehr verteilt wurden und die Verbindung der Arbeitermassen mit dem Komitee der KSDAP unterbrochen war.

Die älteren, verheirateten Arbeiter, die, wenn man sie mit den Petersburger verglich, einen Anflug von Provinzialismus hatten, hielten sich mit wenigen Ausnahmen von der aktiven Teilnahme an der Parteiarbeit zurück. Unter meiner Führung wurden sie erst langsam zur Arbeit herangezogen, aber auch das waren es nur so wenige, daß man sie an den Fingern abzählen konnte. Die Arbeiterjugend blieb das Reservoir, aus dem unsere Partei Kräfte schöpfte und ihre Reihen auffüllte.

Wie früh schon die Jugend Parteiarbeit begann, ist aus einem Gespräch zu erfahren, das ich mit dem Genossen „Wassilij“, einem Lehrer, einem Intellektuellen, führte, der bis zu meiner Ankunft den Tschetschelower Bezirk leitete.

„Fürchtbar jung sind unsere Genossen“, sagte ich ihm, als ich den Bezirk übernahm.

„Sagen Sie nur nichts!“ erwiderte er mir. „Hätten Sie sich erst vor acht Monaten umgeschaut, als ich meine Arbeit hier begann!“

„Wie war es damals?“

„Ich kam zur festgesetzten Stunde in die Wohnung, wo die Bezirksversammlung stattfinden sollte. Ich schau mich um: kein Mensch ist da. Was soll das bedeuten, denke ich mir. Ich höre Männen und Schreien auf dem Hof. Öffne die Tür und glaube meinen eigenen Augen nicht... Der ganze Bezirk spielt Fangen. Ich frage nun, wie alt jeder der Genossen ist. Acht waren zwischen vierzehn und fünfzehn Jahren! Wartet, bis ich sechzehn Jahre alt werde, sagte ich ihnen, dann kommt zu uns. Sie werden es mir nicht glauben“, sagte er erregt, „wenn ich Ihnen erzähle, daß einige von den Büschlein weinten, als sie weggingen, so sehr hingen sie am Bezirk.“

Auch hier stand die gewohnte Arbeit der Sammlung der Kräfte, der Hebung des revolutionären Geistes unter den Massen, die Zusammenschweißung der Organisation hervor. Die Dajana verfolgte jeden unserer Schritte. Kaum bemerkte sie, daß die Arbeit sich zu entwickeln begann, erblickte sie darin schon eine Gefahr. Stürzte sich auf die Organisation und zertrümmerte sie. Die Sache ging soweit, daß bei der Ankunft des Genossen N. N. Mandelstamm das Komitee nur aus einem einzigen Genossen bestand. So schwer fiel auch die Arbeit unter diesen Bedingungen gestaltete, war es doch halbwegs erträglich, solange die Menschewiken nicht erschienen. Die Menschewiken, die den Süden beherrschten, so wichtige Punkte wie den Kaukasus, Charlow, Sewastopol besetzt hatten, beschloßen auch Zekaterinoslaw zu erobern.

Nach dem 2. Parteikongreß war schon ein Jahr vergangen. Wie schwer es auch war, sich in den Ursachen der Spaltung auszukennen, machten sich doch Merkmale unter den fortgeschrittenen Arbeitern bemerkbar, daß sie zum Bolschewismus neigten. Zu den Bolschewiken kamen hauptsächlich jene Intellektuellen und fortgeschrittenen Arbeiter, die es verstanden, in der Arbeiterbewegung an erster Stelle das Wesentliche, Prinzipielle zu unterscheiden. Das waren größtenteils Menschen, die sich schon die dialektische Methode der Erkenntnis angeeignet, sich die Gewohnheit erarbeitet hatten, alle Erscheinungen des Lebens in ihren tatsächlichen, konkreten Zusammenhängen zu betrachten.

(Fortsetzung folgt)

Bauarbeiter im Kampf gegen neuen Lohnraub

Bauunternehmer versuchen den Lohn um 42 bis 61 Pfennige seit 1931 zu kürzen — Gewerkschaftsbürokratie empfiehlt ihren Mitgliedern als „Kampfmaßnahme“ Schwarzarbeit — Gewerkschaftskollegen, Bauarbeiter, antwortet wie die Kollegen in Glas, Habelschwerdt und Sagan mit Streik

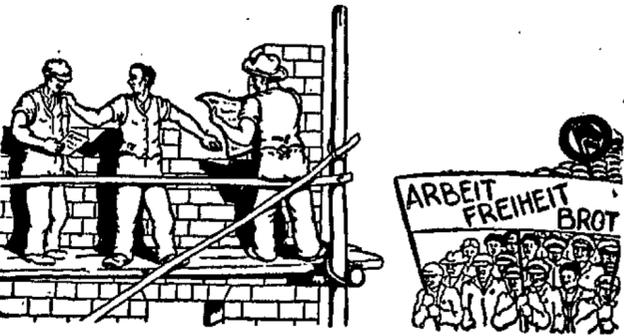
Die schlesischen Bauunternehmer versuchen erneut einen ungeheuren Lohnraub vorzunehmen. Zum 1. Oktober wurde von ihnen der bestehende Tarif gelündigt. Am 25. Oktober fanden in Breslau unter den Tarifparteien Verhandlungen statt. Für das Waldenburg-Gebiet wurden dabei von den Unternehmern folgende unerhörte Lohnkürzungen vorgeschlagen. Der Lohn soll in Waldenburg I betragen:

Maurer 54 Pf., Hilfsarbeiter 45 Pf., Tiefbauarbeiter 40 Pf. pro Stunde.

In Waldenburg II:

Maurer 50 Pf., Hilfsarbeiter 42 Pf., Tiefbauarbeiter 36 Pf. pro Stunde.

Dieses Angebot bedeutet für die Bauarbeiter seit dem Jahre 1931 einen Lohnabbau von 42 bis 61 Pfennig pro Stunde. Auf Grund dieser Lohnabbaupläne entstand unter den Bauarbeitern eine ungeheure Empörung. Einige Baufirmen kündigten einfach ihren Belegschaften und diktierten einen Lohnabbau, zu dem die Arbeiter wieder anfangen konnten. Wir berichteten bereits, daß in Glas und



Habelschwerdt der Lohn durch Anschlag für Facharbeiter auf 52 Pf. und für Tiefbauarbeiter auf 40 Pf. angelündigt wurde.

Die Bauarbeiter von Glas und Habelschwerdt haben darauf geschlossen mit Streik geantwortet.

In Waldenburg kündigten einige Bauunternehmer ihren Arbeitern einen Lohnabbau von 71 Pf. pro Stunde für den Maurer an. Die Bauarbeiter lehnten es ab, zu diesem Lohn zu arbeiten und verließen ihren Arbeitsplatz.

Das ist nun der dritte Lohnraub, den die schlesischen Bauunternehmer in diesem Jahre versuchen durchzuführen. Im Januar mußten die Bauarbeiter den zehnprozentigen Lohnabbau der Brüning-Regierung hinnehmen.

Im Mai traf die Gewerkschaftsbürokratie des Baugewerksbundes Waldenburg mit den Unternehmern eine Vereinbarung, die einen 16prozentigen Lohnabbau brachte.

Der Lohn des Facharbeiters betrug noch 71 Pfennig pro Stunde. Der Gewerkschaftsmitglied und aller Bauarbeiter bemächtigte sich schon damals eine ungeheure Erregung. Auf den Baustellen wurden resolutionsfähige Delegierte gewählt und Kampfbeschlüsse gefaßt. Eine Versammlung der Bauarbeiter am 6. Mai im „Ernestinenhof“ in Altmaffer faßte den Beschluß, jeden Pfennig Lohnabbau zu verhindern. Damals ist es der Gewerkschaftsbürokratie noch einmal gelungen, die Kollegen am Streik zu hindern. Der Lohnraub wurde mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt. Die oppositionellen Kollegen brachten in einer Baugewerksbundesversammlung der Ortsverwaltung Waldenburg, die am 11. Mai stattfand, eine Entschließung ein, die dem dortigen Geschäftsführer Barzid das Mißtrauen aussprach. Trotzdem damals eine offizielle Mehrheit für diese Entschließung vorhanden war, ist Barzid noch immer Geschäftsführer.

So wie damals versucht die reformistische Bürokratie auch heute alles, um den Lohnraub zu ermöglichen. In der sozialdemokratischen „Bergmacht“ nimmt der Baugewerksbund zu dem Lohnraub Stellung. Was weiß er den Bauarbeitern zu jagen?

Die Baugewerksbürokratie empfiehlt den Baugewerkskollegen als „Kampfmaßnahme“ gegen den Lohnraub, „während der tariflosen Zeit recht viel Schwarzarbeit auszuführen“ und die „Leistungen abzubauen“.

Am Schluß des Artikels heißt es, „wer will, daß die Löhne wieder steigen, der wird Mitglied des Baugewerksbundes“.

Man stelle sich vor: dreimal Lohnabbau in diesem Jahre! Die profitgierigen Unternehmer planen den Lohn in der Spitze auf 54 Pf. herabzusetzen; das sind seit 1930 mehr als 50 Prozent Abbau. Die Gewerkschaftsbürokratie findet das alles in Ordnung und lündigt als „Kampfmaßnahme“ Schwarzarbeit an.

Die Kollegen vom Baugewerksbund müssen zu diesem Standal — der einzig dasteh! — sofort in Oppositionsgruppen und Mitglieder-versemmlungen Stellung nehmen! Auf den ungeheuren Lohnabbau kann es nur eine Antwort geben — Streik!

Die Belegschaften aller Baustellen müssen sofort zu einer Versammlung zusammentreten und so wie die Kollegen in Glas, Habelschwerdt und Sagan mit Streik antworten! Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft allen Bauarbeitern zu, das Streikbanner zu entfalten und die Streikführung durch Wahl von Streikleitungen auf jeder Baustelle, die örtlich zentral zusammengefaßt werden müssen, in ihre eigenen Hände zu nehmen. Nur so kann neuer Verrat durch die Gewerkschaftsbürokratie verhindert, kann der Lohnabbau, der neues Geld über die Familien der Bauarbeiter bringt, verhindert werden. Auch in diesem Kampf werden alle Erwerbslosen den Bauarbeitern solidarisch zur Seite stehen!

Nazi als treue Unternehmernhelfer

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Lehmwasser. Ueber die Lederfabrik Gebrüder Fischer haben wir schon des öfteren berichtet und festgestellt, daß diese eine Nazifabrik ist. Naziflugblätter und Zeitungen können in diesem Betrieb offen verteilt werden, dagegen werden Arbeiter, die für den revolutionären Ausweg agitieren, fristlos entlassen. Die Arbeiter können an diesen Vorgängen erkennen, daß die Nazis die treuesten Helfer der Unternehmer sind, sonst würde der Unternehmer niemals dulden, daß in ihrem Betrieb Flugblätter und Zeitungen der Nazis verteilt werden. Die einzigen Lohndiebe der profitgierigen Unter-

nehmer sind die revolutionären Gewerkschaftler und Kommunisten, die man ständig verfolgt.

Herr Albert Fischer bringt sogar den Mut auf, seinen Arbeitern zuzumuten, daß sie von ihren paar Hungerpfennigen zu der Reparatur der Kirchturnmühle etwas beitragen. Eine halbe Stunde vor der Lohnauszahlung ließ er eine Liste für oben genannten Zweck im Betrieb kurlieren. Die Arbeiter müssen das mit aller Euphorie zurechtbringen. Die Kirchturnmühle sollen diejenigen bezahlen, die ein Interesse an der Kirche haben. Die Arbeiter haben daran kein Interesse. Ihr höchstes Interesse ist, dafür zu sorgen, daß ihre Frauen und Kinder nicht mehr länger hungern müssen. Um das zu erreichen, müssen sich die Arbeiter der Lederfabrik Gebr. Fischer zur roten Einheitsfront zusammenschließen und mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpfen.

SA.-Führer und Bombenattentäter soll freigelassen werden

Schweidnitz. Im Schweidnitzer Sondergerichtsprozess wurde bekanntlich der Standartenführer Kaufner aus Ditt-

mannsdorf zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verteidigung wagte es, für Kaufner einen Haftentlassungsantrag zu stellen. Kaufner wird auch beschuldigt, mit dem großen Sprengstoffdiebstahl von Rynau in Verbindung zu stehen. Wird einmal ein faschistischer Führer zu einer milden Strafe verurteilt, so findet die Klassenjustiz immer wieder Wege, um diesen auf freien Fuß zu setzen. Die Verdächtigten müssen den Kampf gegen die Klassenjustiz mit der roten Hilfe verkämpfen.

Verorgungsanwärter Herzog, Weißstein, wegen Unterschlagung entlassen

Weißstein. Der Versorgungsanwärter Herzog hatte das Geld zum Einkauf von Invalidenmarken für die Gemeindegestellten und Arbeiter unterschlagen und die Marken nur teilweise geliefert. Er fordert sich um einen Betrag von ungefähr 700 Mark.

Herzog ist ein Anhänger der Nazis und sein Bruder prominenter Führer dieser Partei. Er glaubte anscheinend, daß das von ihm verpraßte Geld im „Dritten Reich“ quittgemacht würde. Inzwischen ist das anders geworden. Für seine Unteure wurde er fristlos entlassen.

Arbeitsdienstler im Stahlhelm-Lager meutern

Stahlhelm macht große Versprechungen und zahlt dann für eine Woche Arbeitsleistung 50 Pf. aus Die Arbeitsdienstler verlassen das faschistische Arbeitsdienstlager

Sagan. Der Stahlhelm unterhielt in Groß-Dobritzsch (Kreis Sagan) ein Arbeitsdienstlager. Den Arbeitsdienstpflichtigen wurden allerlei große Versprechungen gemacht. Zahlreiche junge Arbeiter fielen darauf herein und melbten sich im Stahlhelmlager. Sie mußten feststellen, daß in dem Lager selbst die wichtigsten Dinge fehlten. Als eine Woche um war, brüdete der Herr Obermeister jedem Arbeitsdienstler, die fast alle im Stahlhelm organisiert waren, 50 Pf. in die Hand und sprach goldene Worte vom Vaterland.

Die Arbeitsdienstpflichtigen waren darüber ungeheuer empört. Keine einzige der gemachten Versprechungen wurde eingehalten. Nach einer Woche schwerem Schutzen und Herumkommandieren sollten sie nun mit 50 Pfennig zufrieden sein. Die Arbeitsdienstler packten fast reißlos ihre Sachen und verließen das Lager. Sie meuterten.

Ein Gruppenführer aus dem Arbeitsdienstlager schreibt

und dazu folgendes:

„Ich, Paul Dittrich, Sagan, war bis 6. November in Groß-Dobritzsch als Gruppenführer im Arbeitsdienstlager tätig. Der Lohn betrug 9,00 Mark pro Woche. Hiervon gingen 1,50 Mark für Kostgeld und 80 Pf. für Beiträge ab, so daß mir 7,60 Mark verblieben. Das Lager war bei dem Rittergutsbesitzer Baro ausgelagert. In dem Lager befanden sich weder Schlafdecken noch Wäsche. Für die Arbeitsdienstpflichtigen waren auch keine Stiefel und keine Bekleidung vorhanden. Das Essen war sehr schlecht. Es gab immer Kohlkrüben mit Kartoffeln, angebranntem Reis und angebranntem Bohnen. Der Kaffee wurde aus gebranntem Korn gemacht und war dünn wie „Almüchen“. Ich habe noch für vierzehn Tage meinen Lohn zu beanspruchen. Als Gruppenführer von 24 Mann

sollte ich 2 Mark Zuschlag erhalten; auch um diese 2 Mark wurde ich betrogen. Der Leiter und Verantwortliche in dem Lager ist Major Pöhlner. Als ich bei diesem wegen dem rückständigen Lohn vorstellig wurde, erklärte er, daß ich der „Stänker“ und „Aufwiegler“ im Lager sei. Ich habe nun eingesehen, daß die Arbeitsdienstlager nur da sind, um die Jugendlichen mit allen Mitteln zum Militarismus zu erziehen. Die meisten Kollegen widersetzten sich diesem Vorhaben und rüdten teilweise ab. Ich warne alle Kollegen und jugendlichen Arbeiter vor den Arbeitsdienstlagern. Ich bin 58 Jahre alt und kann den Zweck der Arbeitsdienstlager auf Grund meiner Erfahrungen richtig beurteilen.

In Schlesien bestehen besonders zahlreiche Arbeitsdienstlager, von allen möglichen faschistischen Organisationen durchgeführt. Etwa 14 000 Jugendliche werden in diesen Lagern, da sie keinerlei Unterstützung beziehen, zur Arbeit gezwungen und herumkommandiert. Man will diese Armee von Jugendlichen im Geiste des Militarismus als Streikbrecher und Feinde des Vaterlandes aller Werktätigen, der Sowjetunion, erziehen. Das gesunde Empfinden der proletarischen Jugendlichen treibt diese immer häufiger zu Meutereien in den Arbeitsdienstlagern gegen den Kasernehofgeist und die unerhörte Ausbeutung. Dieser Kampf der Arbeitsdienstpflichtigen, die ja nur gezwungen durch die Not in diesen Lagern sind, muß die volle Unterstützung aller schlesischen Arbeiter in Stadt und Land finden.

Helft überall den Jugendlichen in den Arbeitsdienstlagern bei ihrem Kampf gegen die unerhörte Ausbeutung und faschistische Erziehung! Jungarbeiter, kämpft gemeinsam in den Arbeitsdienstlagern für tarifliche Entlohnung und Beseitigung aller Kaserneartigen Zustände! Wählt euch in den Arbeitsdienstlagern eure eigenen Kampfleiter und Vertrauensleute! Durch die Jugendeinheit werdet ihr den faschistischen Arbeitsdienst besiegen!

Ein neuer Köder für die SA.-Arbeiter

Hitler verspricht Verstaatlichung der SA.-Verbände

Berufsmusiker um den Lohn betrogen — System-Armee zur Niederschlagung der Arbeiterkraft

Freiburg. Immer noch unterhält Hitler seine System-Armee, genannt SA. Um besonders nach den Wahlen die Stimmung bei den SA- und SS-Leuten zu erhalten, sind natürlich auch Musikkapellen notwendig. So hat auch die Standarte 23 in Reiche DS. ihren Musikzug, der ungefähr 40 Mann stark ist. Dirigent ist der ehemalige Musikmeister der 23er, Herr Feuerstein. In diesem Musikzug sind Berufsmusiker tätig, ohne daß sie Mitglied der NSDAP. sind. Laut Vertrag sollten diese Musiker im Monat 80 Mark erhalten. Dieser Satz wurde bis zum 15. September auch gezahlt. Da die teure Löhne und Konzerte nicht mehr genügend Zugkraft hatten und man mit der Musik den Hunger der Nazihänger nicht stillen kann, wurden die Veranstaltungen immer schlechter besucht. Am 26. Oktober wurde darum den Musikern erklärt, daß sie nur noch 60 Mark im Monat erhalten. Doch auch diese 60 Mark wurden nicht

gezahlt. Bis Ende Oktober hatten die Musiker kein Geld erhalten. Dadurch gerieten die Musiker in größte Not; sie mußten überall Schulden machen. Ein Mitglied des Musikzuges kassierte einfach das ausstehende Geld der Kapelle, das gerade seine Forderung deckte, und verschwand damit. Andere ließen sich von zu Hause Geld schicken, um nur von dem Musikzug wegzukommen. Die jungen Mitglieder des Musikzuges waren ebenfalls froh, lieber heute als morgen aus dem Musikzug fort zu kommen. Da sie jedoch gänzlich ohne Geld dastehen und nicht den erwerbslosen Angehörigen zur Last fallen wollen, hungern sie hier weiter.

In dem Vertrag, der mit den Musikern abgeschlossen wurde, ist ein besonders interessanter Abzagh enthalten. Es heißt da unter anderem:

„Dieser Vertrag ist monatlich kündbar. Für den Fall, daß die SA.-Verbände in ein staatliches Verhältnis überführt würden usw. kann der Vertrag sofort gelöst werden.“

Es ist anzunehmen, daß dieser Abzagh nicht aufgenommen wurde, ohne daß die SA.-Führer entsprechende Zusicherungen von irgendeiner staatlichen Stelle erhalten haben. Vielleicht sind das sogar die letzten Verhandlungsergebnisse. Über aber werden die SA.-Proleten auch weiterhin mit Versprechungen über eine „zukünftige Anstellung“ getölpelt. Daran können die SA.-Proleten noch lange warten. Versprechungen müssen sie wirklich schon mehr als genug entgegennehmen.

Immer wird die SA. zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter benutzt werden, ob sie nun staatlich oder Hitlers Privatarmee ist. Das müssen die SA.-Proleten insbesondere auf Grund der Gerichtsverhandlung in Schweidnitz und auf Grund der bevorstehenden Verhandlung wegen den Bombenattentaten in Grlitz erkennen. Der Wah eines jeden proletarischen Anhängers der Nazis muß in den Reihen des unter roten Fahnen kämpfenden Proletariats sein.

Sammlung zur Reichstagswahl 1932

Ortsgruppen- und Zellenkassierer!

Wie euch bereits mitgeteilt, ist die Sammlung zur Reichstagswahl abgeschlossen. Wir erjuchen nochmals alle Ortsgruppen und Zellenleitungen, sofort alles Sammelmateriale, Listen und Marken einzuziehen und direkt an die ZK. einzufenden.

Nachstehend geben wir euch die besten fünf Ortsgruppen des Bezirks und die besten fünf Zellen von Breslau bekannt:

1. Ortsgruppe Sagan, 2. Ortsgruppe Kunzendorf, 3. Ortsgruppe Strahlen, 4. Ortsgruppe Riestky, 5. Ortsgruppe Freivalden. In Breslau: 1. Zelle 7 West, 2. Zelle 4 West, 3. Zelle 6 West, 4. Frauen, Pöpelwitz, 5. Zelle 1 West.

Wir erjuchen die Ortsgruppen und Zellenleitungen, uns sofort die Namen der besten Sammler der oben genannten Ortsgruppen und Zellen mitzuteilen, damit wir den Genossen die Durchführung zustellen können.

Die besten Sammler mit Büchsen waren: 1. Karl Lindner, Breslau-West, 27,69 Mark; 2. Alf. Kleinert, Breslau-Nordost, 24,56 Mark; 3. Rich. Barth, Breslau-Zentrum, 20,63 Mark. ZK., Abteilung Kasse.

Vor dem oben genannten Mitglied der NSD., Heinrich Sehr, Görlitz, Obermarkt 4, werden alle proletarischen Organisationen gewarnt. Sehr hat die NSD. schwer geschädigt.

SPD.-Presse und -Führer als schmutzige Denunzianten

Die Maßregelung von 2500 Verkehrsarbeitern in Berlin genügt den SPD.-Führern nicht
Denunzieren und verraten ist ihr Beruf

Cppeln. Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik, in dem mehr als 20 000 Verkehrsarbeiter einen heldenmütigen Kampf gegen den Lohnabbau führten, kund, wie immer, die SPD.-Führung an der Seite der Lehrländer und begie mit allen Mitteln der Demagogie gegen die Streikenden. Schulter an Schulter standen hier mit den KPD.-Kollegen und den kommunistischen Verkehrsarbeitern die freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Kollegen neben den parteilosen und national eingestellten Arbeitern. An der Spitze stand unerschrocken und lähn als Führerin des Kampfes die SPD. und KPD. und mit ihnen die Sympathie aller Verkehrsarbeiter in Deutschland und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft. Und ihrer Sympathie und Klassenolidarität gegenüber den streikenden Kollegen in Berlin hoben auch die Oppelner Verkehrsarbeiter der Auto-Verkehrsgesellschaft in Form einer Telegrammentklärung Ausdruck gegeben.

Diese Sympathieerklärung der Oppelner Verkehrsarbeiter gegenüber den streikenden Kollegen in Berlin ist den obersteilischen SPD.-Börsen und -Pressehebern ein Anlaß, über die KPD. und KPD. herzugreifen und den Verkehrsarbeitern von Cppeln nachzusagen, daß sie für die Streikenden keine solche Erklärung und Sympathie übrig gehabt hätten und diese Sympathieerklärung der Oppelner Verkehrsarbeiter eine kommunistische Machge sei. Nun, es ist — das werden auch die Verkehrsarbeiter von Oppeln erfahren haben — die besondere Aufgabe der SPD.-Führer und ihrer Presse, alle Solidaritätserklärungen der Arbeiter für die kämpfenden Arbeiter als kommunistische Machge hinzustellen und zu denunzieren, um damit den Unternehmern das Etikett zum Kampf gegen die Arbeiter zu geben.

Die obersteilische SPD.-Presse schaut in der Sonnabendnummer vom 12. November nicht davon zurück, bei ihrer Subdesei gegen die Streikenden in Berlin den Betriebsratsvorsitzenden Jonel der Auto-Verkehrsgesellschaft in der bekannten SPD.-Manier zu denunzieren und in geradezu entstellter Weise die Angelegenheit auf den Kopf zu stellen. Mit aus den Fingern gezogenen Argumenten verbreitet sich

die SPD.-Presse über diese Aktion der Oppelner Verkehrsarbeiter, und ihr scheinen die 2500 Verkehrsarbeiter, die man jetzt mit Hilfe der SPD.-Aufsichtsräte der Berliner Verkehrsgesellschaft maßregelt, nicht zu genügen. Dieses Denunziantenpaß der SPD.-Führerschaft möchte jede Kampfbewegung der Arbeiter mit Stumpf und Stiel ausrotten und unterdrücken. In dreifacher häßlicher Bemerkung schreibt man in genügender Kennzeichnung für die Verklumpung der SPD.-Führerschaft: „Es ist zwar nur ein kleiner Betrieb von kaum 40 Mann für die Unterstüßung des Berliner Streiks.“ Diese Bemerkung allein ist für die Belegschaft und die sozialdemokratischen Arbeiter ein Beweis, wie weit die SPD.-Führer und -Presse in der Lumperei gesunken sind.

Diese dreifache Schmiererei und Denunzierung werden sich die Oppelner Verkehrsarbeiter sowie die Arbeiter überhaupt merken und daraus ihre Konsequenzen ziehen. Für die SPD.-Führer gibt es nur die Aufgabe der Kampfabwürgung und des Verrats, und in dieser Linie liegt auch das Geschmierz der SPD.-Presse, für die der Massenstreik gegen Lohnraub und die kapitalistische Hungerpolitik eine ebenso gefährdete Sache ist als für die lohnraubenden Unternehmer und die Berliner Verkehrsgesellschaft. Die SPD.-Führerschaft, verflucht mit der kapitalistischen Ausbeuterelique, muß alles tun, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten, um mit scheinradikalen Betrugsmanövern die Arbeiter an der Stange zu halten.

Die Unternehmer holen zu immer neuen Schlägen gegen die Verkehrsarbeiter aus. Immer dringender steht vor den sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern die Kampforganisation gegen den Lohnraub und die Arbeitszeitverschlechterungen. Immer mehr formiert sich gegen die SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie die Kampffront und die Organisation der Streikfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben. Und die Formierung der roten Kampffront in den Betrieben, an den Stempelstellen wird die SPD.-Presse auch nicht durch solches dreifaches Denunziantengeschmierz aufhalten können.

Zentrum betreibt Antifaschistische beim „Freiwilligen“ Arbeitsdienst

Jungarbeiter, macht Front gegen Faschisierung und Militarisierung der Jugend! — Stopft den christlichen Antifaschisten- und Kriegshebern das Maul!

Groß-Strehly. Immer offensichtlicher betreibt man im freiwilligen Arbeitsdienst die Faschisierung und Militarisierung der Jungarbeiter. Um bei den Jungarbeitern auch die notwendige Kriegsstimmung zu erzeugen, wird auch gleichzeitig eine müßige Antifaschistenhege durch die Führer des Arbeitsdienstes betrieben. Und in dieser Frage besteht keinerlei Unterschied, ob das Lager vom Zentrum oder den Nazis geführt wird.

Das hiesige Arbeitsdienstlager hpm. der „Freiwillige“ Arbeitsdienst wird vom Zentrum beherrscht, und eine besondere Rolle spielt hier der christliche „Arbeiterführer“ Mikolajschel, der auch beim letzten Streik der Jungarbeiter gegen die Herabsetzung des Lohnes der Jungarbeiter eine unrühmliche Rolle spielte.

Jede Woche findet im katholischen Jugendheim in Groß-Strehly eine Zusammenkunft der Arbeitsdienstler statt, die vom Zentrum zu einer müßigen Antifaschistenhege ausgenutzt wird. Man will mit antifaschistischen Schauermärchen bei den Jungarbeitern die nötige Stimmung für den kommenden imperialistischen Raubkrieg gegen die Sowjetunion schaffen.

Keinen anderen Zweck können die Vorträge, die dort von dem Zentrumsmann Mikolajschel gehalten werden, haben. Vor Beginn seines Vortrages hpm. seiner Hege wird derjenige Jungarbeiter, der Kommunist ist, aufgefordert, den Raum zu verlassen. Da dieser Aufforderung keine Folge leistete, begann Mikolajschel mit seinen Ausführungen, die nichts als eine plumpe Hege gegen die Sowjetunion darstellten. Da werden Redungen der Zentrumspresse („Obersteilische Volkstimme“) aus dem Jahre 1923 wiedergegeben. Da herrscht in der Sowjetunion, nach dem, was Mikolajschel erzählt, Hunger, Misere und trübseliges Hungereleid. Alle Schauermärchen, die nur einem phantasiebegabten Hirn eines christlichen Bönzen entströmen können, richtet man den Jungarbeitern auf, um sie mit Haß und Abneigung gegen die Sowjetunion zu erfüllen und ihnen somit die wahre Kriegsbegeisterung gegen die Sowjetunion einzupflanzen. Die Antwort der Jungarbeiter auf die Hege von Mikolajschel war des Öfteren ein schallendes Gelächter, weil selbst der indifferenteste Jungarbeiter solche lausibide Lügen nicht anders bewerten konnte, als wie mit einem Wachen, den Jungarbeitern zuzumuten, solche antifaschistischen Märchen zu glauben.

Nach dem 6. November, der Wahl zum Reichstag, fand wiederum ein solcher „Vortrag“ statt. Da führte Mikolajschel aus, daß sich das Zentrum mit der SPD. und den Nazis verbünden müsse, um gemeinsam gegen den drohenden Bolschewismus zu kämpfen.

Die Ermahnung von M. ist überflüssig, da es keines besonderen Bündnisses des Zentrums mit den Nazis und der SPD. bedarf, um gegen den Bolschewismus, das heißt gegen die Sowjetunion und die KPD. sowie die revolutionäre Arbeiterschaft zu hegen und zu kämpfen. Das belagern diese faschistischen Parteien schon jahrelang und ist der revolutionären Arbeiterschaft schon zur Genüge bekannt.

Hüter, Brüning, Braun und Papen, das Zentrum, die SPD. und Nazis mit den gesamten faschistischen Organisationen haben auf ihre Kämpfe gegen den Bolschewismus geschrieben. Und der Kampf gegen den Bolschewismus bedeutet bei diesen Parteien: Kampf den revolutionären Arbeitern und Jungarbeitern, wenn dieselben im Streikkampf um die Verbesserung und Verteidigung ihrer Lebensinteressen kämpfen.

Kampf gegen den Bolschewismus bedeutet für diese Parteien und Vertreter neben dem Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

die Organisation des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Und zu diesem Krieg braucht man eine im Haß gegen die Sowjetunion erzogene militarisierte, kriegsbegeisterte Jugend und Arbeiterschaft.

Deshalb, Jungarbeiter! Hinein in die rote Einheitsfront und Kampf dem Bestreben der kapitalistischen Klasse mit ihren Helfern aus dem Lager des Zentrums, der SPD. und der Nazis, die die Jugend im Arbeitsdienst neben der Ausbeutung zu Kanonensputter erzogen will. Stopft den Antifaschisten- und Kriegshebern durch den verstärkten Kampf gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht das Maul. Reißt euch ein in den kommunistischen Jugendverband und kämpft mit ihm um die sozialistische Arbeiter- und Bauernrepublik, wo auch die Jugend von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreit und der Weg zum sozialistischen Aufstieg frei ist.

Pfänderversteigerung

Berliner Platz 2
am Donnerstag, dem 24. November 1932
vormittags 9 Uhr
rote Scheine bis Nr. 15 000
Bietungskauton RM. 10.—
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt
Breslau, G. m. b. H.
Schubert

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 84
Selenkestraße 17 Michaelistr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
Gneisenauplatz 7
Niederlage: Grabschoner Straße 66
Bieten an vom Faß:
das ganze Liter
Breslauer 25% = 1.40
Breslauer 32% = 1.90
Weinbrand-Verschnitt . 38% = 2.40
Weinbrand echt 38% = 3.80
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 2.85

Wein u. Obstweine v. Faß

das ganze Liter
Apfelwein süß per Liter 0.55
Heidelbeerwein süß 0.70
Johannisbeerwein süß 0.70
Rheinwein zur Bowle 0.70
Muskateller 1.00
Deutscher Warmutwein 0.70
Tarragona 1.00
Malaga 1.20
Süßer ungar. Dessortwein 1.50
Prima Spirit per Liter 4.50
Gehirnglimmerwein 1.20

Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Bitter, Leandrabitter, Bergamotte-
Aroma, Ingwer, Kummel, Anisette,
Pfefferminz u. a.
30% per 1/2 FL. 2.00 per 1/2 FL. 1.15
35% per 1/2 FL. 2.70 per 1/2 FL. 1.50

II. Fleisch- und Wurstwaren

empfiehlt billigst
Paul Peterzeit, Scheitniger Straße 23

Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

Beoffene SA.-Bande schlägt Schelben ein und überfällt Straßenpassanten

Groß-Strehly. Am Sonntag früh gegen 5 Uhr kam es in Groß-Strehly zu einem wilden Stau, der von einer beoffenen SA.-Kolonie inszeniert wurde. Besonders hervor tat sich bei den Exzessen, die sich auf der Krakauer Straße abspielten, der SA.-Mann und Fleischergeselle S., der im völlig beoffenen Zustand Straßenpassanten anhieft und sie bedrohte sowie mit Fäusten auf sie einschlug. Ferner wurde von ihm ein Schließer angegriffen, den S. zu entwaschen versuchte. An drei verschiedenen Stellen warf dieser Deutschlandenerer Fensterheben ein und kratzte, daß die Straßenanwohner aus dem Schlafe erwachten. Einen überfallenen Arbeiter verletzle S. durch Bisse in die Hand.

Erst ein eingetroffenes Polizei- und Landjägerekommando machte diesem Lärm und Krachl sowie dem Straßentäuberunwesen des beoffenen Nazimannes ein Ende.

Nazi-Arbeitgeber wirft nach 24jähriger Dienstzeit Arbeiter auf die Straße

Rattsch. Der Besitzer des Gasthofes „Zum Unter“, Leo Proste, in dessen Gasthaus auch das SA.-Heim untergebracht ist und der auch zugleich einen Getreidehandel betreibt und strommer Nazimann ist, hat dieser Tage einen bei ihm 24 Jahre beschäftigten Arbeiter nach nachfolgend geschildertem Vorfalle auf die Straße geworfen.

Im Geschäft des Proste befindet sich ein bissiger Hund. Der bei dem Gasthausbesitzer Proste beschäftigte Arbeiter Thomala wollte am Sonntag, dem 11. November, ein Pferd aus dem Stalle holen, welches ein Gast untergestellt hatte, um es einzuspinnen. Im Stall ist gleichzeitig der Hund mit seinen Jungen untergebracht. Als der Arbeiter den Stall betrat, wurde er von dem Hund angefallen. Th. wehrte sich gegen denselben mit einer Dünnergabel, wobei Th. den Hund tödlich traf. Auf diesen Vorfalle hin wurde Th. freitlos entlassen, obwohl Th. dem Proste 24 Jahre lang seine Arbeitskraft bei geringem Lohn zur Verfügung stellte. Als Th. im Gastzimmer seine Papiere ausgehändigt bekam, fiel Proste und sein Sohn sowie 2 SA.-Männer über den Arbeiter her und verprügelten ihn. Für welchen Hungerlohn der Arbeiter bei diesem Anhänger des Dritten Reichs gearbeitet hat, zeigt die Tatsache, daß man ihm für die letzte Woche Arbeit ganze 60 Pf. ausshändigte.

Das sind die Deutschland-Erneuerer, die Arbeiter maßlos ausbeuten und sie dann auf die Straße werfen.

Vom Schlachtfelde der Arbeit

Ottmahn. Beim Staubedenbau stürzte der Kesselheizer Werkle in eine Luke von 5 Meter Tiefe. Er erlitt dabei einen schweren Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung, so daß er in Lebensgefahr schwebt. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht.

Selbstmordversuch eines Schülers

Mittelschül. In der Mittagsstunde des Sonnabends verübte der noch nicht hochzehnjährige Gymnasiast Georg Wienid, Sohn des Fleischermeisters W. von hier, in dem Flur des Hauses Tarnowitzer Straße 14 einen Selbstmordversuch. Mit dem Trommelresolder seines Vaters schloß sich der Knabe, nachdem der erste Stoß in die Wand gegangen war, die zweite Angel in den Leib, wobei Lunge und Milz verletzt wurden. Auf Veranlassung des Sanitätsrats Dr. Blichle wurde der Lebensmüde in das Knappschäftlazarett Annafagen, Hindenburg-Bischof, gebracht. Der Grund der Tat ist in einem Liebesverhältnis zu suchen.

**Pfänder-
Auktion**
Mittwoch, 23. Nov.
Leihhaus
Grundmann
Trenitzer Str. 21

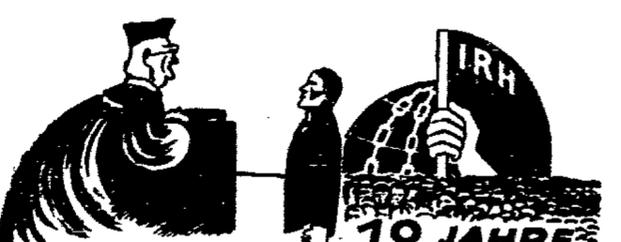
Görlitz
Möbel Ernst Boden
Görlitz, Peterstr. 16
M. & F. Weishaar
Damenhülle
Görlitz, Landskronstraße

Frieda Schubert
Lebensmittel
Görlitz
Kaufshwalder Str. 11

B Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Ohlau
Motorräder - Fahrräder
Reparatur-Werkstatt
sowie alle Ersatzteile 9656
Adalbert Ettel, Ring Nr. 14
Die Hausfrau, die
nur mit Gas
kocht, bäckt und bügelt,
spart viel Zeit und Geld
Hat u. Gasapparate-Ausstellung
im Gaswert Ohlau 9658
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Elise Nold, August-Feige-Str. 4
9537
Brot- und Feinbäckerei 9538
Richard Gebhardt Oderstr. 48
Alle Lebensmittel hei
E. Ulbrich Nachf.
Oderstraße 44
9539
Hausfrauen, eure Fleisch- u. Wurst-
waren kauft bei
9540
Walter Metzner, Ring 16
E. Richter, Likörfabrik
9541 Brieger Straße 8-10
Fraustadt
Central-Kaufhaus
Größte Auswahl - Niedrigste Preise
Zweicimerstraße 9/11
30418
Breslau-Zentrum
Radio Lautsprecher-Anlagen
Sämtliche Einzelteile
Nikolaistraße 13 **Posener**
30349
Stelmau a. O.
Schuhhaus Verkehrslokal der
Werkstätten
Nowak Schuhhaus 30282
30283 „Zum Kronprinzen“
Reserviert N.
30284
Kaufhaus Müller, Oberstr. 29
Arbeitskleidung für alle Berufe
30285
Reserviert OS.
30381
Bernstadt
Reserviert
9734
Pelsterwitz
Kauft bei **Klaus**
denn er ist billig und gut
Die sparsame Hausfrau kauft
ihren Bedarf an Lebensmittel
und Wirtschafts-Artikeln bei
Hans Kern, Quelldorfstraße 37
9655

10 JAHRE INTERNATIONALE ROTE HILFE!



**INTERNATIONALER KAMPF
GEGEN WEISSEN TERROR-FASCHISMUS!**